



# LEUCHTTURM

*Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft in Ost-Friesland*

Nr. 117

25. November 2013

35. Jhrg.



Päckchenzeit ist es bald  
wieder  
Bringen wird's der Weih-  
nachtsmann  
Wer an ihn glaubt, der  
singt auch Lieder  
Wer nicht, bezahlt es dann

**Keine Mär' war Weih-  
nachtsgeld  
Das Land es gern für  
sich behält**

*Eine Gemeinschaftsarbeit von Petra und Ulli Baselau*

# Käpt'n Blaubär und die Schönschrift

Ein kalligrafischer Sketsch

*Käpt'n Blaubär und die drei Gummibärchen treten auf.*

*Heinrich*  
*Herlyn*

*Enkel 1:* Opa, bist du sehr traurig, dass du nicht für die AfD in den Bundestag gekommen bist?

*Blaubär:* Aber gar nicht! Ich habe schon eine neues Job-Angebot.

*Enkel 2:* So schnell?

*Blaubär:* Ja, was denkt ihr denn? Einen Mann von meiner Qualifikation und Berufserfahrung, den findet man nicht alle Tage. Nicht jeder, der in die Politik geht, hat alle sieben Weltmeere bereist und jahrelang sein Schiff durch die wildesten Stürme gesteuert. Nicht mal bei den sogenannten Piraten haben sie so jemanden.

*Enkel 3:* Sollst du etwa Bildungsminister in der neuen großen Koalition werden?

*Blaubär:* Genau dafür wäre ich natürlich am besten qualifiziert. Schließlich habe ich keinen Doktor, den man mir aberkennen kann.

*Enkel 1:* Da hast du recht, Opa. Aber nun mach es nicht so spannend. Was hat man dir denn nun für einen Job angeboten?

*Blaubär:* Wenn ihr mal in meine alten Logbücher geguckt hättet, dann wüsstet ihr es.

*Alle:* In deine alten Logbücher?????????

*Blaubär:* Ja, meine alten Logbücher. Die sind alle noch von Hand geschrieben.

*Enkel 2:* Opa, warum sollten wir uns deine ollen Logbücher angucken, die sind doch voll langweilig.

*Blaubär:* Die sind überhaupt nicht langweilig. Und außerdem würdet ihr dann sehen, dass alle meine Geschichten, die ich euch erzählt habe, nicht erfunden sind, sondern dass ich alles wirklich und wahrhaftig genau so erlebt habe.

*Enkel 3:* Und was hat das mit deinem neuen Job zu tun?

**Redaktion Leuchtturm**

**Redaktionsschluss: 17.11.2013**

**KV Wittmund** [www.gew-wittmund.de](http://www.gew-wittmund.de)

Ronald Wilts	Lüdstede 3	26487 Neuschoo	Tel. 04975 - 366	Ronald.Wilts@t-online.de
Jürgen Kramm	Wangeroogestr. 8	26409 Wittmund	Tel. 04462 - 6102	Juergen.Kramm.WTM@t-online.de

**KV Jever** [www.gewweserems.de/kv-fg/jever/jevindex.htm](http://www.gewweserems.de/kv-fg/jever/jevindex.htm)

Fridolin Haars	Fliederweg 16	26434 Wangerland	Tel. 04461 - 5123	frimawa@gmx.de
Klaus Blume-Wenten	Javenloch 5	26434 Wangerland	Tel. 04464 - 8150	k.blume-wenten@t-online.de

**KV Aurich** [www.aurich.gewweserems.de](http://www.aurich.gewweserems.de)

Ralf Dittmer	Oldeborger Str. 81	26624 Südbrookmerland	Tel./Fax 04942 - 3938	radidodo@t-online.de
Franz Kampers	Hinter Eschen 16F	26607 Aurich	Tel. 04941 - 6988012	fkampers@ewetel.net

**KV Norden**

Herbert Czekir	Reithammer Weg 29	26529 Osteel	Tel. 04934 - 6766	herbert.czekir@ewetel.net
Anette Hillen	Im Dullert 30	26524 Hage	Tel. 04931 - 7 4474	anette-hillen@web.de

**KV Emden** [www.gew-emd.de](http://www.gew-emd.de)

Dr. Josef Kaufhold	Herm.-Hesse-Str. 4	26721 Emden	Tel. 04921 - 45266	JosefKaufhold@web.de
Gerd dc Beer	Graf-Edzard-Str. 20	26721 Emden	Tel. 04921-29778	hans-gerd-de-beer@t-online.de

**KV Wilhelmshaven**

Friedrich Fischer	Fedderwarder Str. 124	26388 Wilhelmshaven	Tel.04421 - 502119	magfish@gmx.de
Wolfgang Niemann-Fuhlbohm	Güstrower Str. 3c	26388 Wilhelmshaven	Tel.04421 - 87117	wolfgang.nif@gmx.de

**Impressum: GEW-LEUCHTTURM Nr. 117 / 35. Jahrgang vom 25.11.2013**

*LehrerInnenzeitung für die Kreisverbände Aurich, Emden, Jever, Norden, Wilhelmshaven, Wittmund*

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB/Kreisverband Wittmund

verantwortl.: Ronald Wilts (1. Vors.), Lüdstede 3, 26487 Neuschoo, 04975/366

Internet: **www.gewweserems.de** - dort auch Informationen aus den Kreisverbänden

Druck: [www.janssendruck.de](http://www.janssendruck.de), Finkenburgstr. 47, 26409 Wittmund

*Blaubär:* Um die Schrift geht es, Kinners, um die Schrift!

*Enkel 1:* Um welche Schrift?

*Blaubär:* Mann, seid ihr schwer von Kapee! Um meine natürlich.

*Enkel 2:* Ja und?

*Blaubär:* Wenn ihr mal in meine alten Logbücher geguckt hättet, dann wäre euch lütten Ignoranten aufgefallen, dass ich einer der wenigen Zeitgenossen bin, der noch über eine gestochene Handschrift verfügt. Es geht doch nichts über eine flüssige und klare Handschrift, die über viele Jahre mit Hilfe der seit Jahrhunderten bewährten lateinischen Ausgangsschrift geschult wurde. In Kapitänskreisen wurde meine Handschrift sogar mal mit der von Geheimrat Johann Wolfgang von Goethe verglichen.

*Enkel 1:* Opa, ich verstehe immer noch gar nichts.

*Blaubär:* Das wundert mich nicht. Ihr habt ja heutzutage keine Ahnung mehr von wirklicher Bildung und ihr könnt ja auch kaum noch mit der Hand schreiben. Wenn ihr einen Stift in die Hand nehmt, dann sieht das doch aus, als wenn eine Möwe aufs Papier geschissen hätte.

*Enkel 2:* Aber Opa, so hätte sich Goethe aber nie ausgedrückt!

*Blaubär:* Habt ihr 'ne Ahnung! Vom wem stammt denn der Spruch: „Er kann mich am Arsch lecken!“? Eigentlich heißt es sogar „im Arsch“. Also, was Goethe Recht ist, ist mir schon lange billig. Ihr mit eurem Halbwissen und der sogenannten vereinfachten Ausgangsschrift an den Grundschulen! Immer muss alles vereinfacht und verkürzt werden, so lange bis von der guten alten humanistischen Bildungs-

tradition nichts mehr übrig ist!

*Enkel 3:* Komm mal wieder runter. Opa! Was ist denn nun mit deinem Job? Sollst du Frau Merkel und ihrer Regierung das Schönschreiben beibringen?

*Blaubär:* Da liegt ihr gar nicht mal so weit daneben. Aber nicht der Regierung soll ich das saubere Schreiben beibringen, sondern den Lehrern.

*Enkel 1:* Den Lehrern? Aber unsere Lehrer schreiben alle ganz deutlich.

*Blaubär:* Die Grundschullehrer vielleicht. Aber besonders die Handschriften der Gymnasiallehrer sind katastrophal. Eine neue internationale Bildungsstudie FIHSS (First International Handwriting and Spelling Study) hat ergeben, dass die Sekundarstufenlehrer, insbesondere aber die männlichen Gymnasiallehrer eine Schrift haben, die von den Schülern kaum noch entziffert werden kann. Und deswegen sind auch die Rechtschreibleistungen der Gymnasiasten signifikant gesunken. Nur in Bayern und Sachsen-Anhalt sieht es ein wenig besser aus.

*Enkel 2:* Und du willst das nun ändern, Opa?

*Blaubär:* Genau so ist es! Ich werde schon bald zum Bundesschriftminister ernannt werden.

*Enkel 3:* Und wie willst du das Gekrakel der Gymnasiallehrer verbessern?

*Blaubär:* Meine erste Maßnahme wird die Einrichtung eines Schift-TÜV sein, der alle Sekundarschulen inspizieren und die Handschriften aller Sekundarstufenlehrer einer genauen Prüfung unterziehen wird. Als erstes sind natürlich die Gymnasien dran. Lehrkräfte, die nur über

eine unleserliche Handschrift verfügen, werden anschließend an einem mehrwöchigen Schreiblehrgang in lateinischer Ausgangsschrift teilnehmen müssen, der an meinem Bundes-Institut für Schönschriftkunde durchgeführt werden wird.

*Hein Blöd:* Käpt'n, ich hab da einen Brief von einem gewissen Herrn Schröder.

*Blaubär:* Gerhard Schröder?

*Hein Blöd:* Nee, Dieter Schröder.

*Blaubär:* So? Na, lies trotzdem mal vor.

*Hein Blöd:* Sehr geehrter Herr Dr. Blaubär. Da mir zu Ohren gekommen ist, dass Sie in Zukunft als Bundesschriftminister den Schriften-TÜV an den Sekundarschulen unseres Landes organisieren werden, möchte ich Sie bitten, unsere Schule, das Auricher Gymnasium Ulricianum, das sich übrigens in hohem Maße dem Humboldtschen Bildungsideal einer akkuraten lateinischen Handschrift verpflichtet weiß, noch einige Wochen auszusparen. Zur Zeit muss sich nämlich bereits das gesamte Kollegium einem Schreiblehrgang in lateinischer Ausgangsschrift unterziehen, den ich höchstpersönlich durchführe. Eine Inspektion zum jetzigen Zeitpunkt wäre mehr als kontraproduktiv, da unser junges und motiviertes Kollegium stark verunsichert werden würde. Damit wäre das Ziel des Erlernens einer schönen und leserlichen Handschrift extrem gefährdet. Schließlich stehen die meisten Kollegiumsmitglieder gerade erst am Anfang des Schreiblernprozesses. Ich hoffe auf Ihr Verständnis. Hochachtungsvoll, Dieter Schröder, Oberstudiendirektor

„Ernster“ Hintergrund:  
Das Auricher Gymnasium hat sich über die schlechten Handschriften der Schülerinnen und Schüler beschwert; die Ursache liege in der Einführung der vereinfachten Ausgangsschrift durch die Grundschulen!! Deshalb hat der (neue) GYM Leiter verfügt, dass in jedem neuen 5. Jahrgang zunächst ein paar Wochen das Schönschreiben-Üben in lateinischer Ausgangsschrift zu erfolgen habe.

# MV des KV Wittmund am 16.04.2013

Nach einem zügigen Abarbeiten der Tagesordnung und der fälligen Wahlen, die den Kreisvorstand im Wesentlichen in den Ämtern bestätigte (siehe [www.gew-wittmund.de](http://www.gew-wittmund.de)), warf Stefan Störmer, Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der **GEW** aus Leer, einen präzisen und nüchternen Blick auf die bildungspolitische Situation in Niedersachsen nach der Wahl. Er bezeichnet es als für die **GEW** problematisch, die ihr politisch nahestehende Koalition aus SPD und Grünen zu kritisieren. Die Zusammenarbeit sei sehr positiv. Eine Reihe von **GEW**-Forderungen, deren Erfüllung nahezu kostenneutral möglich ist wie die Einführung von vierzügigen, im Ausnahmefall sogar dreizügigen Gesamtschulen und die Rückkehr zum G9 werden umgesetzt. Inzwischen würden sogar die Philologen das G9 favorisieren, weil Eltern mehrheitlich Schultypen mit G9 bevorzugen. Stefan führt aus, dass die Koalition regionale Schulentwicklungspläne anstrebt um

„Schule im ländlichen Raum neu zu denken“. Kostenintensivere Ziele der Landesregierung sind

- eine Ganztagschule mit qualifiziertem Personal
- eine flächendeckende Schulsozialarbeit
- das Absenken der Klassenfrequenzen
- die Abschaffung des Sitzbleibens bei optimaler Förderung.

Die Umsetzung aller Reformen wird von ihrer Finanzierbarkeit abhängen. Diese wird erschwert durch die von der letzten Landesregierung verursachten Altlasten wie die Nachzahlungen in die Rentenversicherung der Honorarkräfte (ca. 20 Mill.€), die vom Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 12.03.13 verfügte Übernahme der Schulbuchkosten für Lehrkräfte durch das Land Niedersachsen, die Abschaffung der Studiengebühren (120 Mill.) sowie die Tarifierhöhung, die höher als geplant ausgefallen war. In allen Fällen habe die

vorherige schwarz-gelbe Landesregierung es versäumt, Vorsorge zu treffen und kostenträchtige Baustellen hinterlassen. Abzuwarten ist laut Stefan die nächste Steuerschätzung im Mai. Ihr wird im Juni eine Haushaltsklausur folgen, wobei heute schon abzusehen ist, dass etliche Projekte nicht zu realisieren sein werden. So sei es denkbar, dass die Ganztagschule nicht flächendeckend eingeführt werden kann, oder dass nicht alle frei werdenden Stellen besetzt werden können. Auch die anstehende Inklusion sei nicht ausreichend durchgeplant und die Bedingungen und die Kosten nach wie vor unklar. Laut Stefan besteht eine Hoffnung in einem Regierungswechsel auf Bundesebene verbunden mit einer von SPD und Grünen angestrebten Vermögenssteuer, von der auch die Länder profitieren müssten. Laut Udo Köneke erscheint die neue Landesregierung ratlos wie die alte. Die **GEW** sollte es nicht sein und z.B. Kernforderungen zur Inklusion formulieren.

Hauptaspekt: Was wird die rot-grüne Koalition von ihren begrüßenswerten Zielvorstellungen im Bildungsbereich umsetzen können, nachdem sich über Jahre nicht nur zäher Mehltau über Schul- und Hochschulpolitik gelegt hat, sondern auch kostenträchtige Verpflichtungen in die Zukunft verlagert wurden. Eine bessere Ausstattung des Landeshaushalts durch den Bund sei unverzichtbar, um die selbst gesetzten Ziele erreichen zu können. Hier müsse die **GEW** aufmerksam die Entwicklung in den nächsten Jahren verfolgen.

Zur diesjährigen Mitgliederversammlung hatte der Kreisvorstand ferner Mitglieder mit „runden“ Jubiläen als Gewerkschaftsmitglied eingeladen und für eine Ehrung und ein Präsent gesorgt. Jürgen Kramm nahm den Bezirksvorsitzenden in die Pflicht, die Ehrungen vorzunehmen.

*Rolf Meyer und Klaus-Jürgen Richter*

*Hinweis: Durch ein Versehen der Druckerei wurde im letzten Leuchtturm der Text dieser Seite „verstümmelt“ und ein falsches Bild montiert - deshalb jetzt noch einmal richtig!*



Stefan Störmer (2. von links) ehrte Jürgen Kramm (40 Jahre Mitglied)(links) und Marga Kleihauer, Christian Hallensleben, Christel Hallensleben, Wilfried Hess, Sieglinde Janssen (alle 30 Jahre Mitglied)

## Mitgliederehrung im OV Krummhörn



Krummhörn. Auf der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ortsverband Krummhörn (GEW) hat Hans-Hermann Harms vom Kreisvorstand Aurich Heino Gosch (links) und Reinhard Scholber (rechts) für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Vize-Vorsitzende Uta van Gerpen und Vorsitzender Gerd Kather gratulierten den beiden langjährigen Mitgliedern.

**Ostfriesenzeitung Emden**  
09. April

## Pewsumer IGS-Konzept überzeugt Eltern

**Bildung** Die Gesamtschule wird als gute Alternative auch zur Außenstelle des Gymnasiums gesehen

Die Planungsgruppe hat in der Vorbereitungszeit ganze Arbeit geleistet.

Krummhörn /HAS - Die Integrierte Gesamtschule (IGS) Pewsum hat die Eltern der dort unterrichteten Schüler knapp zwei Jahre nach der Gründung von ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Konzept überzeugt. „Mittlerweile werden jetzt 13 Klassen beschult, und man muss nach den 18 Monaten Schulbetrieb einfach mal sagen, dass sich Schüler und Eltern wohlfühlen“, sagt die Elternratsvorsitzende Maike Klassen.

Dass sie jetzt für die IGS eintritt, kommt nicht von ungefähr. Die IGS ist der Grund für die anhaltende Diskussion um die Außenstelle des Emdener Johannes-Althusius-Gymnasiums (JAG) in Pewsum. Um die JAG-Schüler für die Gesamtschule zu gewinnen und den Standort so

zu stärken, möchte der Landkreis Aurich die JAG-Außenstelle vorzeitig schließen, was Elternschaft und Kollegium missbilligen.

Jahrelang hätten die Krummhörner um eine IGS gekämpft, so der IGS-Elternrat. 2011 konnte sie endlich an den Start gehen. Die Schüler hätten sich sofort heimisch an der neuen „großen“ Schule gefühlt. Das habe vor allem an dem stimmigen pädagogischen Konzept der IGS gelegen, aber auch an dem modern und gut ausgestatteten Schulgebäude. Sogar Schüler aus Emden und Umgebung habe es nach Pewsum gezogen.

Die Eltern bescheinigen der Planungsgruppe in der Vorbereitungsphase „ganze Arbeit“ geleistet zu haben. Denn selbst die von einigen befürchteten Startschwierigkeiten seien ausgeblieben.

Alle Schüler, egal ob sie einmal Abitur machen oder nicht, würden entsprechend ihren Fähigkeiten gefordert und bei

Bedarf gefördert. Selbstständiges und eigenverantwortliches Lernen habe einen hohen Stellenwert, und die Schullaufbahn werde nach dem Gesamtschulprinzip lange offen gehalten. Die Elternratsvorsitzende Maike Klassen: „Selbst Schüler, deren Ehrgeiz erst später geweckt wird, werden alle Möglichkeit auf Bezug des Abschlusses offengehalten.“ Den Kindern stünden alle Türen offen. Es liege an ihnen zu entscheiden, welchen Weg sie später einschlagen wollen.

Dem guten Ruf der Schule seien bereits viele junge Lehrer aller Schulformen aus den verschiedensten Bundesländern gefolgt. Alle Lehrkräfte der IGS hätten sich bewusst für die Schule entschieden, weil sie hinter der Grundidee stünden und deshalb hochmotiviert seien.

Lobend hebt der Elternratsvorsitzende auch die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule hervor.

# Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz im KV AURICH

*Ralf Dittmer*  
 Zu ihrem turnusgemäßen Herbsttreffen fanden sich wieder zahlreiche **GEW**-Personalräte und Vertrauensleute im Seminarhotel Aurich am 1. Oktober ein. Zwar hatte der zum

Tagesordnungspunkt „Schulentwicklung“ eingeladene Auricher Schulamtsleiter seine Teilnahme absagen müssen. Aber auch so sorgte der rege Austausch über die aktuellen Schulprobleme

dafür, dass einmal mehr die Zeit für die Bearbeitung der Tagesordnung kaum ausreichte. Weitere Schwerpunkte der Tagung waren die bevorstehenden Novellierungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes und des Schulgesetzes. Bezirksvorsitzender Stefan Störmer machte dabei die verschiedenen – z.T. auch innerhalb der **GEW** strittigen – Positionen deutlich. Soll die PR-Fachgruppenstruktur zugunsten einer Allzuständigkeit der PRs aufgegeben werden? Plädiert die **GEW** verstärkt für die Wiedereinführung einer (arbeitsfähigeren) Gesamtkonferenz oder eher für ein Schulparlament, um die verlorengegangenen demokratischen Anteile in der Schulverfassung zurückzugewinnen? Beide Fragen werden uns in der innergewerkschaftlichen Diskussion der nächsten Zeit weiter beschäftigen. Am Ende der Tagung ging es noch einmal um die vorgesehene Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte und den Wortbruch der Landesregierung beim Thema „Altersemäßigung“. Man war sich rasch einig, dass nach der großen August-Demonstration keine Ruhe einkehren dürfe. Die laufende Postkartenaktion „Post für meinen Landtagsabgeordneten“ wurde entsprechend breit begrüßt. Mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Novemberschulungen für Personalräte in den KVs beendeten Annette Weßling-Brandt und Ralf Dittmer die Veranstaltung.



Referierte zu den Themen NdsPersVG und Schulverfassung:  
 Stefan Störmer (links), daneben: Ralf Dittmer, Annette Weßling-Brandt



Stieß auf große Resonanz: Aktion „Alarm schlagen - Post für meinen Landtagsabgeordneten“

**Herbstschulung**  
 der **GEW** Personalräte  
 im KV Aurich + KV Norden  
 am 28.11.2013, 9:00 - 17:00 Uhr  
 im Seminarhotel in Aurich, Grüner Weg 2  
 Referenten: Enno Emken und Ralf Dittmer  
 (Mitglieder der **GEW**-Fraktion im Schulbezirkspersonalrat (SBPR) bei der Landesschulbehörde Osnabrück)

# GEW-Personalräteschulungen 2013/14

Wie in jedem Jahr führt der Bezirksverband der **GEW** wieder ganztägige Personalräteschulungen durch. Die Einladungen zu den Schulungen werden von den Kreisverbänden/

den/ den Fachgruppen verschickt.

Sollten Sie an dem für Ihren Kreisverband vorgesehenen Termin verhindert sein, so nehmen Sie wegen der Teilnahme an der

Schulung in einem anderen Kreisverband bitte Kontakt auf mit der/ dem Kreisvorsitzenden. Die inhaltliche Vorbereitung und die Leitung der Schulungen liegen bei den Mitgliedern der **GEW**-Fraktion im SBPR.

## Themen in diesem Jahr sind:

- Änderungen rechtlicher Vorgaben
- Arbeits- und Gesundheitsschutz

- Abordnungen – Versetzungen
- Plus- und Minusstunden
- Pädagogische MitarbeiterInnen

Kreisverband/ FG	Termin der PR-Schulung	Ansprechpartner/in im KV/ in der FG
Aurich	28.11.2013	04941-62317 (Dorothea Teckemeyer)
Emden	07.11.2013	04921-45266 (Dr. Josef Kaufhold)
Jever	21.11.2013	04464-8150 (Klaus Blume-Wenten)
Leer	21.11.2013	0491-9191894 (Stefan Störmer)
Norden	28.11.2013	04931-167171 (Peter Nowak)
Varel	26.11.2013	0441-24013 (Ramona Köhlcke, GEW-Büro OL)
Wilhelmshaven	26.11.2013	04421-87117 (Wolfgang Niemann-Fuhlbohm)
Wittmund	07.11.2013	04975-501 (Klaus-Jürgen Richter)
Gymnasien	07.01.2014	0441-16719 (Sabine Nolte)
BBS	21.11.2013	0179-2920666 (Frederick Schnittker)

## Personalräteschulung 2013 im KV WTM

7.11.13 – Wie immer gut besucht war die diesjährige Schulung für Schulpersonalräte im Landkreis Wittmund. In Vertretung des erkrankten Enno Emken übernahm Stefan Störmer, Bezirksvorsitzender der **GEW** und Mitglied des SBPR, dieses Mal die Leitung. Ihm zur Seite stand Frederick Schnittker, Nachrücker im SBPR für die Fachgruppe Berufsbildende Schulen.

Auf positive Resonanz stieß die aktuelle Meldung, die Kultusministerin Frauke Heiligenstadt am Vortag veröffentlichte: endlich sei mit den Rentenversicherern ein Übereinkommen erzielt worden, um unter die so genannten Honorarverträge an den niedersächsischen Ganztagschulen einen Schlusstrich ziehen zu können. Es sei festgestellt worden, dass es sich bei den Honorarverträgen an den Ganztagschulen über-

wiegend nicht um selbstständige Tätigkeiten, sondern weitgehend um Arbeitsverhältnisse gehandelt hat. Runde 12 Mio. Euro werde das Land an Rentenbeiträgen nachzuzahlen haben, dafür aber auch Rentenansprüche des betroffenen Personenkreises begründen. Der SBPR Weser-Ems hatte die unrechtmäßige Praxis der Honorarverträge immer wieder gerügt und öffentlich gemacht.

Referent Stefan Störmer handigte den Teilnehmer/innen einen vollkommen neu gestalteten Tagungsreader aus, anhand dessen in diesem Jahr folgende Themenbereiche abgehandelt wurden:

- **Gesundheitsschutz**
- **Abordnungsverfahren**
- **Versetzungsverfahren / Versetzungsgründe**
- **PM an Grundschulen: Arbeitsverträge (Broschüre)**

- **PM an Förderschulen: Arbeitsverträge (Broschüre)**
- **Arbeitszeitverordnung**
- **Arbeitsärztliche Untersuchung**
- **Begrenzte Dienstfähigkeit/ Teildienstfähigkeit / § 11 Maßnahme**
- **Stufenplan Dienstvereinbarung Sucht**
- **Überlastungsanzeigen**
- **Gesetzliche Änderungen**
- **Rechtsprechung BMI Reisekosten und Klassenfahrten**
- **Übernahme Schulbücher für Lehrkräfte**

Die Beantwortung einer Fülle von speziellen Fragen aus der Schulpraxis bildete den Abschluss der Veranstaltung. Die kniffligsten Fälle werden vom Referenten nach weitergehenden Recherchen schriftlich beantwortet werden – ein Service, der seit Jahren auf den **GEW**-Schulungsveranstaltungen gängige Praxis ist.

*Klaus-Jürgen Richter*

# Irrtum Gesamtschule: Wie aus dem Reformtraum ein Alptraum wurde

**Bei Streit um eine „Schule für alle“ wettern die Gegner stets gegen das Ungetüm einer „sozialistischen Einheitsschule“. Dabei hat es in Deutschland eine echte Gesamtschule nie gegeben - früh machten ihr die Kultusminister mit einem trickreichen Geheimbeschluss den Garaus.**

*Christian Füller ist Redakteur der „taz“ und Autor des neuen Buches „Schlaue Kinder, schlechte Schulen: Wie unfähige Politiker unser Bildungssystem ruinieren - und warum es trotzdem gute Schulen gibt“ (Verlag Droemer-Knaur).*

Der Vorsitzende in der Runde gibt sich streng. Eine heikle und langwierige Sitzung steht bevor. Der Minister veranlasst, alle Mitarbeiter aus dem Saal zu weisen. Die Sitzung soll im Geheimen stattfinden. Wir schreiben das Jahr 1982. Die elf westdeutschen Kultusminister sitzen in ihrer ständigen Konferenz (KMK) zusammen, um über ein deutsches Phantasma zu befinden: die Gesamtschule oder, wie ihre Gegner sagen, die „sozialistische Einheitsschule“.

Mehrere Bundesländer hatten sie zehn Jahre lang getestet. Nun sind die Minister aufgefordert, die Gesamtschule anzuerkennen. Als der Vorsitzende der Runde, Bayerns Kultusminister Hans Maier (CSU), spricht, verkündet er freilich nicht den Anfang, sondern das Ende der Gesamtschule.

Denn was die Kultusminister nun beschließen, ist keine Gesamtschule, sondern ein Mutant, ein Bastard des Zieles aller Reformpädagogen. Im bildungspolitischen Aufbruch der siebziger Jahre sollte eine „Schule für alle“ die Klassenschranken einreißen. Willy Brandts Slogan „Mehr Demokratie wagen“ bedeutete auch: die Öffnung der Bildungseinrichtungen für die unteren Schichten, die Überwindung der gegliederten Schule aus dem Kaiserreich - der Traum aller deutschen Bildungsreformer seit Wilhelm von Humboldts Königsberger Schulplan (von 1809).

Etwas völlig anderes ist allerdings, was 1982 in die „Rahmenvereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten

Gesamtschulen“ geschrieben wurde. Echte Gesamtschulen wurden in dem Papier nicht etwa anerkannt, sondern verboten. Auch Gesamtschulen, heißt es da, müssen „eine äußere Fachleistungsdifferenzierung vorsehen für Mathematik, 1. Fremdsprache, Deutsch, Physik und Chemie“. Das bedeutet: Sie müssen ihre Schüler wieder säuberlich auseinander sortieren - obwohl sie das ihrer Idee nach gerade nicht sollten. Seitdem nehmen die Kultusminister Abiture nur von Gesamtschulen hin, die in den Hauptfächern eine bonsaihafte Kopie des gegliederten Schulwesens errichteten. Die Pseudo- oder KMK-Gesamtschule war geboren.

Was damals beschlossen wurde, klingt wie eine unbedeutende Anekdote der Geschichte. Tatsächlich aber hat es Auswirkungen bis heute.

Pseudo-Gesamtschulen gehören von den Leistungen genau wie von der sozialen Abhängigkeit der erzielten Erfolge zu den schlechtesten Schulen Deutschlands. Nur Hauptschulen sind schlechter. Kein Wunder: Der pädagogische Aufbruch wurde den KMK-Gesamtschulen damals ausgetrieben. Auch sie wurden, wie Reformer sagen, vom „Auslesebazillus“ befallen.

Täglich wird den Schülern in Gesamtschulen mehrfach vor Augen geführt, dass es höhere und niedrigere Begabungen gibt - wenn nämlich Schüler durchs Schulhaus in ihre A-, B- und C-Kurse pilgern. Kommen die Lehrer einer einzigen Klasse zu Notenkonferenzen zusammen, befinden sich mitunter 28 Kollegen am Tisch.

Gegner wie Fans der Gesamt-

schule nennen es noch heute den Kardinalfehler dieser Schulform, dass sie ihren Schülern „die Strapazen der Differenzierung und das tägliche ‘Selegiertwerden’ zumutet“. So konnte damals ein Fake Furore machen. Eine Gesamtschule, die gar keine war, brannte sich im kollektiven Gedächtnis als Synonym für Schulkampf und Schulkrampf ein.

Aber die Volte der Geschichte war kein Zufall, sondern ein Trick der konservativen Kultusminister. Sie hatten die Einführung einer funktionsunfähigen Pseudo-Gesamtschule von langer Hand geplant. Dazu mussten sie nur die Bildungseuphorie der sechziger Jahre verebben lassen.

„Die Bundesrepublik steht in der vergleichenden Statistik am untersten Ende der europäischen Länder“, so will es eine dramatische Anklage an die deutsche Bildungspolitik. Das düstere Szenario einer Bildungskrise wird an die Wand gemalt. Junge Wissenschaftler würden zu Tausenden das Land verlassen, für die Wirtschaft stünde nicht genug qualifizierter Nachwuchs bereit. „Wenn das Bildungswesen versagt“, steht in dem Papier, „ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.“

## **Kurzer Frühling für die Reformschulen**

Was sich anhört wie die Kurzfassung der jüngsten Pisa-Studie, ist ein über 40 Jahre alter Text. Er stammt von Georg Picht, heißt „Die Bildungskatastrophe“ und markiert den Beginn eines Aufbruchs.

Deutschland in den frühen sechziger Jahren: Wachgerüttelt vom Journalisten Picht und

einer vergleichenden Untersuchung der OECD wird sich die Nation klar, wo ihre Schulen stehen - ganz unten. Der Soziologe Ralf Dahrendorf schreibt 1965 das Buch „Bildung ist Bürgerrecht“. Der Bundeskanzler und der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, auch das ein Novum, geben gemeinsam einen Bildungsbericht heraus. Ein bildungspolitischer Frühling erfasst Gesellschaft und Politik. Ein gewisser Bernhard Vogel (CDU) spricht sich dafür aus, die gemeinsame Grundschulzeit von nur vier Jahren zu verlängern. Einige Länder führen Gesamtschulen ein - auf Probe.

Dass über eine auf sechs Jahre verlängerte Zeit in der Grundschule heute wieder debattiert wird - wie derzeit in Hamburg -, hat einen einfachen Grund. Nicht der liberale Kultusminister Vogel setzte sich in der Union durch. Hinter ihm standen einige konservative Kollegen und mauerten, allen voran die der CSU aus Bayern. Sie spielten auf Zeit und ließen die sogenannten Gesamtschulen evaluieren, bereits in ihrer Schrumpfform.

Als Jahre später dann die Pseudo-Gesamtschule zur Abstimmung kam, war der Frühling längst vorbei. Längst hatte es da in Hessen und Nordrhein-Westfalen erbitterte Schulkriege gegeben. Und so konnte die Gesamtschule in der Sitzung von 1982 auf kaltem, bürokratischem Wege erledigt werden. Lediglich sechs echte Gesamtschulen wurden genehmigt - im Anhang des Beschlusses, namentlich aufgezählt wie in einem Steckbrief. Die Bayern haben gewonnen, die Gesamt-

schule ist eine Fußnote der Geschichte.

### **Nur als Kampfbegriff war die Gesamtschule ein Erfolg**

Dabei hätten die Schulreformer nach Picht ahnen können, welchen Gegner sie haben. Hätten sie nur ein bisschen Geschichte studiert. Dann wäre ihnen klar gewesen, dass Bayern die reaktionärste Schulpolitik aller deutschen Länder betreibt. Das ist keine linke Anklage, sondern die Einschätzung aus Lageberichten der US-Armee aus den Jahren um 1947. An der Einführung einer Gesamtschule bissen die Amerikaner sich die Zähne aus. Der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen, Lucius D. Clay, zog bereits 1950 eine ernüchterte Bilanz. „Noch immer ist die Schulreform ein Hauptziel unseres Programms“, kabelte er in einem Bericht nach Washington. Aber er werde die Schulreform nicht militärisch durchsetzen. „Wir hoffen, dass das deutsche Volk sie selbst einführen wird.“

Die US-Truppen und ihre zivilen Berater waren 1945 mit einem eindeutigen Ziel nach Deutschland gekommen: Deutschland sollte endlich demokratisch werden. Hohe Priorität für alle Alliierten hat dabei die Neuordnung des Schulwesens. Bei den US-Amerikanern hieß das unmissverständlich: „Demokratisierung der Schulstruktur“. Die kaiserliche getrennte Schule habe blinde Autoritätshörigkeit vermittelt, die unteren Schichten systematisch von höheren Schulen ferngehalten. In der US-Zone sollte daher ein Gesamtschulsystem für alle Schüler entwickelt

werden. Alle Kinder sollten mindestens sechs Jahre Grundschule gemeinsam verbringen, „ohne nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse, Berufen oder Berufswünschen getrennt zu werden“.

Alois Hundhammer, damals Bayerns Kultusminister, war das egal. Er wehrte sich heftig gegen die Einführung einer Schule für alle. Dagegen sprach eine in seinen Augen unverrückbare Tatsache: Begabung sei „nur einem zahlenmäßig begrenzten Personenkreis vorbehalten“, daher müsse ein Einheitsschulsystem fehl gehen. „Denn diese biologisch gegebene Ungleichheit [die Begabung, Red.] kann durch keine zivilisatorische Maßnahme beseitigt werden.“

Die amerikanischen Offiziere waren schockiert. Sie hatten Deutschland erobert, um das Land zu zivilisieren. Gerade hatten sie das Grauen der Konzentrationslager entdeckt, wohin die Nazis Menschen aufgrund biologischer Eigenschaften aussortiert hatten. Nun trafen sie auf einen führenden deutschen Politiker, der erneut biologische Argumente benutzte - diesmal um die Sortierung von Zehnjährigen innerhalb eines Schulsystems zu rechtfertigen.

Ob die echte Gesamtschule, die heute Gemeinschaftsschule heißt, wirklich besser ist als gegliederte Schulformen, muss sie erst beweisen. Aber jeder Reform, der sich heute an sie heranwagt, sollte sich die Karriere der „sozialistischen Einheitsschule“ genau anschauen. Er kann daraus lernen: In der Realität hat es sie nie gegeben - aber als Kampfbegriff und Zerrbild war sie immer erfolgreich.

## **Weshalb gemeinsames Lernen?**

„Klassischerweise ist es in Deutschland so, dass man nach der 4. Klasse, also im Alter von 10 Jahren, den Maurer vom Architekten trennt: Der Maurer geht auf die Hauptschule, der Architekt aufs Gymnasium, studiert dann - später treffen die auf der Baustelle aber wieder

zusammen und sollen ein Haus bauen. Das können die aber nicht, weil sie sich gar nicht kennen gelernt haben. Bei uns aber in den Tischgruppen sitzt der künftige Maurer neben dem künftigen Architekten und ich denke, wenn die dann später mal auf der Baustelle

zusammentreffen, dann kriegen die auch ein Haus hin.“

Wolfgang Vogelsaenger, Schulleiter der IGS Göttingen am 22. August 2013 bei „Beckmann“/ Diese IGS wurde 2011 mit dem „Deutschen Schulpreis“ für ihr Kleingruppenmodell ausgezeichnet.

# Pressemitteilung der GEW und der Arbeiterwohlfahrt Emden vom 06.09.13

Die personelle Situation in den Emdener Kindertagesstätten ist angespannt. 2 ErzieherInnen sind für 25 Kinder im Alter von 3-6 Jahren und nur 2 ErzieherInnen für 15 Krippenkinder im Alter von 1-2 Jahren verantwortlich.

Dass das so nicht weitergehen soll in Emden, machte der letzte SPD-Parteitag am 09.08. deutlich. Mit 50 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wurde der **Antrag auf Gruppenreduzierung angenommen. Um max. 18 Kindergartenkinder sollen sich 2 ErzieherInnen kümmern und um 12 Krippenkinder 3 ErzieherInnen.** Außerdem soll mehr Vorbereitungszeit für die einzelnen ErzieherInnen zur Verfügung stehen! Es muß immer mehr Beratung und Erziehungsberatung für die Eltern leisten werden.

Der **Etat** für die Vertretungskräfte, der jetzt häufig schon **nach einem halben Jahr aufgebraucht** ist, soll ebenfalls aufgestockt werden. Diese Forderungen des Emdener SPD-Parteitags werden auch nach Hannover zur Landes-SPD weitergeleitet, weil die Stadt Emden diese finanzielle Last keinesfalls allein tragen kann.

Die **GEW** Emden und die Arbeiterwohlfahrt Emden begrüßen diesen ersten Schritt in die richtige Richtung sehr.

Hierdurch würden die ErzieherInnen entlastet werden und die Kinder in den kleineren Gruppen mehr Ruhe, Konzentration, Ansprache und Zeit für Selbständigkeit bekommen.

Der Burn-out unter den pädagogischen Fachkräften nimmt immer mehr zu. Die ErzieherInnen sind bis an ihre äußerste Grenze mit der jetzigen

Situation belastet und versuchen, den Kindern und Eltern zuliebe, den Mangel so gut es geht zu verwalten.

Qualität ist etwas anderes als Quantität! Viele neue KITA-Plätze zu schaffen ist gut und richtig, aber es muß endlich auch die Qualität der Arbeitsbedingungen verbessert werden.

**Ein gutes Beispiel sind die Modelle in Oldenburg und Aurich!** Dort gibt es in den Krippengruppen die 3. Fachkraft. Seit dem 1. August 2013 wird dort bei Ausfall einer Fachkraft diese sofort am 1. Tag ersetzt.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Emden  
Renate Isenburg  
(stellv. Vorsitzende)

Arbeiterwohlfahrt Emden  
Willi Grix (Vorsitzender)

## Vorankündigung:

Einladung der **GEW** Emden zu einer Veranstaltung zum Thema

## Inklusion

am Mittwoch, dem 12.02.2014, im VHS-Forum.

Eingeladen sind alle **GEW**-Mitglieder und alle Interessierten aus dem Erziehungs- und Bildungsbereich!

Eröffnung der Veranstaltung: 18.30 Uhr mit dem TheartiChor Emden

Als Referenten sind eingeladen:



Claus Duckstein  
IGS Aurich Ost



Katja Lechner  
HRS Wybelsum



Hans Langen  
Förderschule Pewsum

# Demo am 29. August in Hannover

DREI FRAGEN AN Eberhard Brandt

## „Lehrer fehlen“

*1 Herr Brandt, ein GEW-Chef gegen Rot-Grün: Wie tief sitzt die Enttäuschung?*

Wir sagen „So nicht Rot-Grün!“, weil sie zwar richtige Reformen in Angriff nehmen und den Kultushaushalt deutlich anheben. Aber nicht genug. Darum versuchen sie die Lehrkräfte zu belasten. Schwarz-Gelb hat das versaubert, weil sie den Kultushaushalt krass unterfinanziert haben mit dem illegalen Ganztagsbilligmodell, den fehlenden Kita-Plätzen und der ungenügenden Personalausstattung für die Inklusion. Das auszugleichen ist ein Kraftakt für Rot-Grün. Die Ministerin braucht mehr Geld, damit das Versagen der Politik nicht auf unserem Rücken ausgetragen wird.

*2 Die Kultusministerin hält eine Stunde mehr unterrichtspflichtig für niedersachsens Gymnasiallehrer für vertretbar. Hat sie nicht Recht?*

Man kann nicht nur die Unterrichtsverpflichtung vergleichen. Schwarz-Gelb hat die Personalversorgung der Gymnasien deutlich verschlechtert und

2004 jedem Gymnasium sieben Lehrkräfte entzogen. Die fehlen nun für Vertretung, Klassenlehrerstunden, Arbeitsgemeinschaften und Förderunterricht. Das belastet unsere Kolleginnen und Kollegen.

*3 Sie fordern auch, dass Lehrer schon ab 55 weniger unterrichten sollen, bei vollem Gehalt. Wie wollen Sie das Schülern und Eltern erklären?*

Nicht nur für Lehrkräfte gibt es traditionell eine berufsspezifische Altersregelung. Das hat gute Gründe. Denn mit 62 sind die meisten schon in Pension, weil sie die Arbeit nicht mehr schaffen. Wir wollen, dass sie ihre Arbeit bis zum normalen Pensionsalter mit Freude und gesund verrichten. Dann zahlt das Land später Pensionen und länger Bezüge. Darum brauchen wir wieder eine gute Altersregelung. Die Grünen haben ja angekündigt, dass sie an dieser Stelle die Beschlüsse der Haushaltsklausur korrigieren wollen. Schauen wir mal.



# Die LDK in Göttingen – ein gewerkschaftliches Highlight

*Klaus Blume-Wenten*

**A**uch wenn die LDK in Göttingen für Fridolin Haars und mich die letzte sein soll - sie wird in Erinnerung bleiben! Nicht nur wegen der Urlaubsatmosphäre im Tagungshotel - Palmen und Korbstühle im Esssaal – sondern wegen der viel beschworenen gewerkschaftlichen Basis.

Jetzt mehrere Wochen später ist der Eindruck schon etwas verblasst, aber festgesetzt als erinnenswertes gewerkschaftliches Mosaik bleiben die Diskussionen um die Forderungen bei

den nächsten Tarifverhandlungen, um die Beitragshöhe für Geringverdiener und um die Beibehaltung von Fachgruppen-Listen bei den nächsten PR-Wahlen auf Bezirks- und Landesebene. Im ersten Beispiel schimmerte durch, dass wir eine Gewerkschaft sind, in der die Basis nicht schläft (auch wenn wir vor Ort oft anderes beklagen), denn die LDK setzte quasi eine Leitlinie gegen die Bedenken des Landesvorstands durch: Nämlich die Forderung von 100,- Euro Sockelbetrag bei

den kommenden Tarifverhandlungen. Und bei dem Thema Gewerkschaftsbeitrag zeigte die LDK gewerkschaftliche Solidarität: Der Mindestbeitrag soll in Zukunft 4,- Euro betragen. Richtig Stimmung mit mehrmaligem Zählen und spontanen Beifallsbekundungen gab es bei der Entscheidung der LDK, das Fachgruppenprinzip bei den PR-Wahlen beizubehalten.

Ja, das hat neben den obligatorischen Wahlen Freude bereitet und gibt Hoffnung für die Zukunft. Wenn es uns gelingt, in den KV's schulpolitische und gewerkschaftliche Themen miteinander zu verknüpfen, kann es voran gehen in der Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele. Es muss gelingen, vor Ort zu zeigen, was es für jede/n einzelne/n bedeutet, dass es die **GEW** gibt. Und zwar eine **GEW**, die die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in ihrer jeweiligen Schule vertritt und gegenüber dem Arbeitgeber darauf drängt, Arbeitsbedingungen (mit guter Bezahlung) und eine Schulstruktur zu schaffen, die den Namen „demokratisch“ verdienen. Dazu gehören – mindestens - eine starke Personalvertretung, flache Hierarchien auf allen Ebenen und Gesamtschulen für alle Schülerinnen und Schüler.

In diesem Sinne soll es auf der nächsten LDK weitergehen - wenn auch mit neuen Gesichtern aus Jever!



*Fridolin Haars*

*Klaus Blume-Wenten*

## Helikoptermama extrem

**D**er Leserbrief im SPIEGEL einer Lehrerin aus Hannover: „In der Berufsschule rief neulich eine Mutter an, um mitzuteilen, dass ihr Sohn wegen einer Grippe nicht kommen könne. Der Notarzt sei auch schon da gewesen. Etwas

verdutzt teilte ich ihr dann mit, dass das arme kranke Kind putzmunter im Unterricht sitze und kein bisschen fiebrig aussehe. Erschrocken legt „Mama“ den Hörer auf. Als ich den jungen Mann fragte, was das zu bedeuten habe, wollte der sich halb

totlachen. Er hatte die Nacht bei seiner Freundin verbracht und war nicht nach Hause gekommen. Folglich nahm Mama an, dass die Schule auch geschwänzt würde. Deshalb meldete sie Sohnmann schon mal vorsorglich krank.“

25.05.2013 NWZ-Jever/ENERGIE

# „Wir pressen keine Chemie ins Erdreich“

*Erdgasförderung mit umstrittener Fracking-Methode im „Feld Wittmund“ kein Thema – Erst Daten sammeln*

Ein kanadisches Unternehmen will Erdgas aus tiefen Gesteinsschichten fördern. Ob sich das lohnt, ist noch unklar.

**Oliver Braun**

FRIESLAND/WITTMUND Dieses Jahr ist die Erdgasförderung im „Feld Wittmund“ definitiv kein Thema mehr. Ob in dem Areal überhaupt einmal in tief gelegenen Gesteinsschichten eingeschlossenes Erdgas aufgespürt, aufgeknackt und gefördert wird, ist ebenso unklar. „Um das zu sagen, ist es noch zu früh“, erklärte PRD Energy-Vorstandsmitglied Mark Hornett der NWZ auf Nachfrage. Zurzeit würden noch geologische und seismische Daten zusammengetragen. Die müssen dann erst einmal ausgewertet werden. „Und das dauert“, so Hornett.

## Lizenz bis 2018

Wie berichtet, hat das kanadische Unternehmen PRD Energy Ende 2012 vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie die Lizenz erhalten, im „Feld Wittmund“ nach Erdgas zu suchen. Sofort regte sich Protest, weil das Erdgas mit der umstrittenen Fracking-Methode gefördert werden soll.

Für Umweltverbände und viele Bürger ist Erdgasförderung mit der Fracking-Methode ein rotes Tuch: Beim Fracking (dt. aufbrechen, aufknacken), wird eine mit Sand und Chemikalien versetzte Flüssigkeit unter hohem Druck ins Erdreich gepresst; die Chemikalien knacken das

Gestein, setzen das in den Gesteinssporen eingeschlossene Gas frei, das über weitere Bohrungen in Tanks aufgefangen wird. Der Sand, ein spezielles Granulat, soll die Risse im Untergrund füllen.

Kritiker befürchten große Umweltschäden, sinkende Immobilienpreise, Erdbebengefahr und die Vergiftung des Grundwassers und fordern deshalb noch vor ersten Probebohrungen unter anderem eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung sowie mehr Beteiligungsrechte für Bürger und Kommunen.

„Die Leute sind misstrauisch“, weiß Hornett und sagt, dass sein Unternehmen definitiv nicht plane, in Deutschland mit der Frack-Methode, sondern mit „speziellen Bohrverfahren und ohne Chemiecocktails“ nach Kohlenwasserstoffen in tiefen Erdschichten zu suchen. Es bestehe deshalb „keine Gefahr für die Sicherheit des Grundwassers“, so der Kanadier.

Gleichwohl nehme sein Unternehmen die Befürchtungen der Bürger sehr ernst. „Wir werden den Weg in die Öffentlichkeit gehen und für Transparenz sorgen, sollte es rentabel sein, im Feld Wittmund Gas zu fördern“, so Hornett

**Das Feld Wittmund ist rund 1000 Quadratkilometer groß – und damit eineinhalb mal so groß wie der gesamte Landkreis Friesland. Und es liegt nicht nur im Kreis Wittmund, sondern erstreckt sich bis weit nach Friesland hinein: Betroffen sind auch Wangerland, Jever, Schor-**

**tens, Sande und Zetel sowie die Kreise Aurich und Leer.**

## Analyse braucht Zeit

Zurzeit sei PRD Energy, deren Lizenz bis ins Jahr 2018 reicht, in Gesprächen und Verhandlungen mit Exxon Mobile (EMPG) sowie GDF Suez, die über die entsprechenden Daten zum Feld Wittmund verfügen. „Wir müssen zunächst alle Informationen und Daten zusammentragen und analysieren“, so Hornett. Bei vergleichbaren Untersuchungen in Kanada habe allein das Zusammentragen der Informationen ein Jahr gedauert, die Auswertung ein weiteres. Nicht ausgeschlossen, dass dabei herauskommt: Die Suche lohnt nicht.

*Auf unserer Veranstaltung am 12.09. zum Kavernen-Bau in Etzel hat Theo Hinrichs mit seinen Ausführungen viele nachdenkliche Gesichter zurückgelassen. Nebenstehenden Artikel entdeckte er in der Jever-Ausgabe der NWZ: Da wird ja noch abgewiegelt – aber unsere amerikanischen „Freunde“ sind ja schon weit „fortgeschritten“: Auch wenn man jetzt bei den Koalitionsgesprächen ein Fracking-Verbot diskutiert – bleibt das dann auch nach den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU – USA bestehen?*

*Interessante Ergänzung am Rande: Kurz nach dem Bekanntwerden der Planungen in Berlin stand ein wichtiger Mann auf der Matte und wollte das Verbot noch verhindern – IG Bergbau, Chemie, Energie (BDE) Vorsitzender Michael Vassiliadis!*

## Mindestlohn konkret

Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Oldenburg-Ostfriesland:

„... Im Schlachthof wird z. B. ein Stundenlohn von exakt 5,04 Euro bezahlt, brutto... Wenn nun ein ordentlicher Stundenlohn von 12

bis 14 Euro gezahlt würde, bekäme man das Kilo Schnitzel im Supermarkt dann nicht mehr für 7,10 Euro, sondern für 7,35 Euro.“

Esens, 24.10.2013

# Der Personalrat des Niedersächsischen Internatsgymnasiums Esens (NIGE) informiert:

In völliger Übereinstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Gymnasien lehnt die Personalversammlung des NIGE die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung ab. Diese Einigkeit demonstrieren wir auch dadurch, dass wir den Wortlaut der Erklärung des Viktoria-Luise-Gymnasiums in Hameln fast unverändert übernehmen können.

In den vergangenen zehn Jahren haben die Lehrkräfte aller Schulformen, insbesondere aber die der Gymnasien, vielfältige Reformen erlebt, deren Umsetzung mit großem Aufwand in Planung und Durchführung verbunden waren. Zu nennen sind hier die Integration der Jahrgänge 5 und 6 an den weiterführenden Schulen nach Abschaffung der Orientierungsstufe, die vielfältigen Entscheidungsprozesse im Rahmen der

„eigenverantwortlichen Schule“, die überstürzte Einführung von G8, die Umstellung von Rahmenrichtlinien auf Kerncurricula, die Oberstufenreform mit einem fünften Prüfungsfach und dem Seminarfach, das Zentralabitur und aktuell die Inklusion, deren Auswirkungen auf unsere Schulen noch nicht ansatzweise abzusehen sind. Dazu kamen zeitintensive Neuerungen wie Lernentwicklungsberichte, „Kopfnoten“ für Arbeits- und Sozialverhalten oder die gerade reaktivierte Schulinspektion.

Durch erhebliche Mehrarbeit ist es den Kollegien der Gymnasien gelungen, all diese Reformen bestmöglich zum Wohle der Schülerschaft umzusetzen. Allerdings hat dies viele Lehrerinnen und Lehrer an die Grenze der Belastbarkeit getrieben – Frühpensionierungen wegen Burnout nahmen und

nehmen zu, was mittlerweile selbst den Landesrechnungshof veranlasst hat, eine Entlastung älterer Lehrkräfte zu fordern.

Als unter der SPD-Regierung im Jahre 2000 das verpflichtende Arbeitszeitkonto für Gymnasiallehrer eingeführt wurde, das 10 Jahre lang zwei Unterrichtsstunden Mehrarbeit bedeutete und das seit dem letzten Schuljahr abgegolten wird, versicherte die damalige Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper, dass während der anschließenden zehnjährigen Ausgleichsphase die Arbeitszeit der Lehrer nicht verlängert werde. Genau dies plant nun ihre Nachfolgerin und Parteikollegin, Kultusministerin Frauke Heiligenstadt: eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Wochenstunde sowie eine Streichung der von der schwarzgelben Vorgängerregierung im

Jahre 2012 ab dem kommenden Schuljahr beschlossenen Altersermäßigung. Beides stellt einen eklatanten Vertrauensbruch dar. Besonders schwer wiegt, dass durch die angekündigten Maßnahmen vor allem die älteren Kollegen um die Erstattung ihrer geleisteten Mehrarbeit betrogen werden, da diese jetzt genau diese zwei Stunden mehr unterrichten sollen.

Die individuelle Belastung der Lehrerinnen und Lehrer würde damit ein solches Maß erreichen, dass eine gewissenhafte Dienstaussübung nur noch unter Streichung derjenigen Aufgaben möglich erscheint, die nicht verpflichtend sind.



**Dem Beispiel anderer Schulen des Landes Niedersachsens folgend, hat daher das Kollegium des NIGE auf einer Personalversammlung am 22.10.2013 mit großer Mehrheit beschlossen, freiwillig geleistete Mehrarbeit ab dem Schuljahr 2014/15 deutlich einzuschränken, wenn die Landesregierung ihre Pläne in die Tat umsetzen sollte. Zum Beispiel werden dann keine mehrtägigen Klassenfahrten und Studienfahrten mehr stattfinden.**

Wir betrachten dies als einen Akt der Notwehr zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität, um auf die Situation der Lehrkräfte in Niedersachsen aufmerksam zu machen, und hoffen, dass die Landesregierung dieses Signal zum Anlass nimmt, ihre Umschichtungen im Bildungsetat auf dem Rücken von Lehrer- und Schülerschaft zu überdenken.

Von diesen Informationen

versprechen wir uns eine Solidarisierung der durch unser Vorhaben unmittelbar betroffenen Schüler- und Elternschaft, damit sich der gemeinsame Unmut nicht gegen die Lehrerinnen und Lehrer richtet, sondern gegen die Landesregierung, die Schulreformen auf dem Rücken derer finanzieren will, die ohnehin mit ihrer Umsetzung zu kämpfen haben. Die Argumente liegen auf der Hand: ausgebrannte und durch den zu erwartenden Einstellungsstopp überalterte Kollegien können nicht im Interesse von Eltern und Schülern liegen. Durch die genannten Maßnahmen würden nach Berechnungen der **GEW** ca. 1.900 volle Lehrerstellen nicht neu besetzt – eine Katastrophe für den dringend benötigten Lehrernachwuchs, der eine stetige Modernisierung der Unterrichtskultur gewährleistet!

Außerdem hoffen wir, dass noch viele Schulen sich der Aktion anschließen, damit die Landesregierung zu einem Umdenken kommt. Eines möchten

wir abschließend betonen: Schulfahrten werden mit hohem Aufwand geplant und durchgeführt, ihre Kosten in der Regel nicht einmal voll erstattet. Dennoch verzichten viele von uns nur ungern auf diese Fahrten, die eine wichtige Ergänzung unserer pädagogischen Arbeit darstellen, und wären froh, wenn es bei der Androhung der Streichung bliebe. Den Schülerinnen und Schülern zuliebe!

gez. der Personalrat des NIGE

**Der Landtagsabgeordnete Holger Heymann hat die Einladung des Personalrates zu einem Gespräch angenommen. Am 26.11.2013 treffen sich Holger Heymann (SPD) und Claus Peter Poppe (schulpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion) mit dem Personalrat am NIGE.**

## **Internet-Petition gegen Erhöhung der Lehrerarbeitszeit** Über 11.000 Unterstützer in nur vier Wochen

Der Personalrat der Kooperativen Gesamtschule Rastede hat gemeinsam mit den Vorsitzenden der größten niedersächsischen Lehrerorganisationen, Eberhard Brandt (**GEW**) und Horst Audritz (Philologenverband), im Kultusministerium eine Internet-Petition gegen die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit übergeben. Die Petition mit dem Titel „Für die Stärkung des Bildungsstandortes Niedersachsen und den Verzicht auf Mehrbelastungen für Lehrer“, die vom Personalrat dieser Schule initiiert worden war, hatte innerhalb von vier Wochen mehr als 11.000 Unterschriften von Unterstützern erhalten.

„Wir wollen damit unterstreichen, dass unser Kampf um die Rücknahme der ungerechtfertigten Arbeitszeiterhöhung für Lehrer weitergeht“, erklärten

Brandt und Audritz zusammen mit dem Personalrat.

Die Abgeordneten müssten einsehen, dass Verbesserungen im Bildungsbereich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien, die aus Steuermitteln finanziert werden müssten und nicht durch Sonderopfer der Beschäftigten. Diese würden durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer, die „Aussetzung“ der bereits beschlossenen Altersermäßigung und die Verschiebung der Einkommensanpassung allein im nächsten Jahr fast 200 Millionen Euro betragen. Das sei völlig inakzeptabel.

In der Resolution der KGS Rastede werde zudem auch zu Recht darauf hingewiesen, dass mit der Arbeitszeiterhöhung klare Versprechen der früheren SPD-Landesregierung gebrochen

würden. Ein solcher Vertrauensbruch werde jedoch das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Landesregierung auf Jahre hinaus belasten und jetzt noch gar nicht absehbare Folgen haben.

Es sei ein Gebot von Vernunft und politischer Verantwortung, dass die Regierungskoalition daraus die Konsequenzen zieht und die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit zurücknimmt.



Foto: Richard Lauenstein

Übergabe der Petition an KM Heiligenstadt

Schulentwicklung in Friesland:

## Wohin mit der neuen IGS?



Michael Strohschein

„Staubsauger- Effekt, schulpolitische Kannibalisierung, Sandwich-Schule“ und „Autosuggestion von Schulentwicklungsplänen“. Wortreich und sprachbilderstark ging es auf einer Informationsveranstaltung der SPD Varel am 21. Oktober in der Oberschule Varel zu. Thema war die Gründung einer weiteren Integrierten Gesamtschule (IGS) im südlichen Friesland, die neben der sich im Aufbau befindenden IGS Schortens entstehen soll.

Schnell wurde deutlich, dass es um die gesamte Schulentwicklungsplanung im Landkreis Friesland geht. Und die hat es in sich. Es gibt Sünden der Vergangenheit aufzuarbeiten: Im Hü und Hott der unterschiedlichen Landesregierungen wurden und werden auch in Friesland bildungspolitische Grundsatzkämpfe ausgetragen, die entweder die Gesamtschule verteufeln oder das gegliederte Schulsystem glorifizieren. Bis 2009 gab es trotz eines erheblichen Elternwunsches keine Möglichkeit, die alle Bildungsgänge offen haltende IGS anzuwählen. Damals flammte die IGS-Diskussion mit der erheblichen Unterstützung des jetzigen Wirtschaftsministers Olaf Lies wieder auf. Aber die SPD in Friesland verhinderte auch vor rund 30 Jahren unter dem maßgeblichen Einfluss von Karl-Heinz Funke die Gründung einer friesischen IGS, die in Oldenburg und Wilhelmshaven bereits existierte. Eine entsprechende Vareler Gesamtschulelterninitiative gab es nämlich damals schon. Auch die unter schwarz-gelb erfolgte Einführung von zwei Varianten von Oberschulen und der Außenstellen der Gymnasien waren ein untauglicher Versuch, den unabweisbaren massiven Elternwillen zu Integrierten Gesamtschulen zu unterlaufen. Die Haupt- und

Realschule Zetel hatte sich seinerzeit bewusst gegen eine Umwandlung in eine Oberschule entschieden, da sie sich programmatisch schon auf eine IGS vorbereitet hatte, während sich die ehemalige HS/OS Arngaster Straße in Varel für eine schulzweiggebundene Oberschule mit Haupt- und Realschulschwerpunkt entschieden hat. Später hat auch sie einen Antrag zur Umwandlung in eine IGS gestellt.

Nun soll es aber soweit sein. Auch die Eltern und Kinder im südlichen Friesland sollen alternativ zum gegliederten Schulwesen eine wohnortnahe IGS erhalten. Hier soll eine „andere Pädagogik“ mit Individualisierung, Ganztagesbeschulung - möglichst in gebundener Form -, Zeit für Beziehungen und ohne Ziffernnoten praktiziert werden.

Unabhängig davon, ob sie nun in Varel oder Zetel gegründet werden soll: diese IGS soll keine eigene Oberstufe erhalten.

Ein kurzer Blick zurück auf die Geschichte der Orientierungsstufe (OS) lehrt uns aber, dass pädagogische Alternativen ohne Rahmenbedingungen, die diese Vision einer anderen Pädagogik erst möglich machen, zum Scheitern verurteilt sind.

Die OS in Niedersachsen wurde über die Jahre ihres pädagogischen Inhaltes beraubt, entkernt und zur Vorstufe des gegliederten Schulwesens degeneriert. Ihr Gründungsgedanke wurde ins Gegenteil verkehrt.

Bei der Neugründung von Integrierten Gesamtschulen sollte aus diesen Fehlern gelernt werden. Die Rahmenbedingungen für den besonderen Bildungsgang müssen stimmen. Eine eigene Oberstufe gehört dazu wie die räumliche und sächliche Ausstattung, wie die nötige Zeit für Beziehungsarbeit

und wie die feste Einstellung von Sozialpädagogen.

In den Niedersächsischen Integrierten Gesamtschulen wird in einem besonderen Bildungsgang mit einem ganzheitlichen pädagogischem Konzept das Abitur nach dreizehn Jahren vergeben, um die kontinuierliche Weiterentwicklung der Schülerpersönlichkeit mit Hilfe der Beziehungspädagogik zu ermöglichen. Bei der Gründung einer IGS ohne Oberstufe kann also von einer echten Alternative kaum die Rede sein. Diese IGS hätte man dann um ein Kernstück ihrer Pädagogik gebracht. Sie wäre wie ein Haus ohne Dach. In den Gymnasien beginnt die Oberstufe mit der Klasse zehn und das Abitur wird nach zwölf Jahren vergeben. Unabhängig davon, ob die zweite IGS in Zetel oder Varel eingerichtet würde, es müssten die Schülerinnen und Schüler, um das Abitur in der Oberstufe des Gymnasiums machen zu können, die zehnte Klasse im Gymnasium wiederholen.

Auf Vorschlag der Kreisverwaltung soll nun in einem sehr verkürzten formalen Verfahren, das gewählt wurde, um eine der begrenzten Genehmigungen zur Neuerrichtung von Integrierten Gesamtschulen zum 1.8.2014 in Hannover erhalten zu können, in Zetel eine IGS ohne Oberstufe entstehen. Die Außenstelle des Lothar-Meyer-Gymnasiums in Zetel soll geschlossen werden und die IGS Schortens von sechs auf fünf Züge verkleinert werden. Dieser Vorschlag provozierte eine außerordentlich lebhaft bildungs- und regionalpolitische Debatte, in der sich Lokalpatrioten, besorgte Eltern, Parteipolitiker, Lehrkräfte, Kommentatoren von Zeitungen und der Landrat Sven Ambrosy zu Worte meldeten.

Die Verwaltungsvorlage ist

eine Fleißarbeit und schlägt schließlich den kleinsten gemeinsamen Nenner unter Berücksichtigung aller erdenklichen Faktoren vor. Nach den Angaben des Landrates gebe es heute im Kreis 16.000 Schülerinnen und Schüler, im Jahre 2018 seien es nur noch 13.000 - und danach geht die Entwicklung so weiter. Der Vareler Ratsherr Djure Meinen brachte es auf den Punkt: „Man wird sich angesichts sinkender Schülerzahlen mit Standortschließungen beschäftigen müssen“. Er benutzte das Wort von der „Autosuggestion der Planer“. Besonders gefährdet ist der Standort Obenstrohe, für den auch nach korrigierten Zahlen 24 bis 36 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang prognostiziert werden.

Kurzfristig sollen also ver-

meintlich alle Ansprüche befriedigt werden: keine Schulschließungen, kein Angriff auf die Gymnasien, Verschlankung der IGS Schortens bei einer Bestandsgarantie, Befriedigung des Elternwillens nach einer wohnortnahen IGS. Kein „Staubsaugereffekt“ für die Friesische Wehde.

Die Mehrheitsgruppe aus SPD und Grünen im Kreistag hat sich kurz vor der entscheidenden Sitzung dazu entschlossen, den Vorschlag der Kreisverwaltung zur Gründung einer IGS in Zetel zum Schuljahr 2014/2015 um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu ergänzen: „Die mögliche Gründung einer IGS in Varel soll zum Schuljahr 2015/2016 vorbereitet werden.“ Es klingt wie die Quadratur des Kreises. Diese

Lösung hätte aber auch seinen Charme. Denn nur so könnte realistisch eine eigene Oberstufe der IGS entstehen. Die Integrierten Gesamtschulen müssten andere Schulformen ersetzen können. Schulschließungen wären dann aber nicht mehr zu umgehen.

In der Sondersitzung des Kreistages Friesland am 6.11.2013 ist die Entscheidung zum Standort der IGS Süd mit 24:14 Stimmen eindeutig ausgefallen: Sie kommt vierzünftig und ohne Oberstufe nach Zetel. Die Außenstelle des Lothar Meyer Gymnasiums wird dort 2016/17 geschlossen. Frühestens zum Schuljahr 2015/2016 soll neben Schortens und Zetel eine dritte IGS in Varel vorbereitet werden.

30.10.2013

## DGB fordert handlungsfähigen Staat

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat am Freitag vergangener Woche gemeinsam mit den Gewerkschaftsvorsitzenden des öffentlichen Dienstes die Verhandlungsführer der Koalitionsgespräche angeschrieben und gefordert, die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken. Dazu müsse insbesondere die Einnahmesituation von Ländern und Kommunen gestärkt werden.

Neben Michael Sommer haben seine Stellvertreterin Elke Hannack (im DGB-Vorstand für Beamte zuständig) sowie Frank Bsirske (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), Oliver Mal-

chow (Gewerkschaft der Polizei), Martin Burkert (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) sowie unsere **GEW**-Bundesvorsitzende Marlis Tepe den Brief an die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD unterzeichnet.

Sie verweisen darauf, dass in den nächsten 15 Jahren rund 1,5 Millionen von mehr als 4 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Rente oder in Pension gehen werden. Der Bund müsse gemeinsam mit Ländern und Kommunen den Personalabbau und die Auseinanderentwicklung in der Bezahlung stoppen sowie den öffentli-

chen Dienst durch mehr Mitbestimmung demokratisieren. Sonst drohe dem öffentlichen Dienst der Kollaps, warnen die Gewerkschaftschefs. Entscheidend sei eine bessere Finanzausstattung von Ländern und Kommunen. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst können ihre Rolle als aktive Gestalter einer solidarischen Gesellschaft und wettbewerbsfähigen Wirtschaft nur ausfüllen, wenn ausreichende Mittel für Bildung, öffentliche Infrastruktur, Gesundheitswesen und innere Sicherheit bereitgestellt werden.

## NSA – AFFÄRE: Paradies und Paranoia

Die fiktionale Fernsehserie „Homeland“ erzählt von hysterischen CIA-Agenten in einem hysterischen Land. Das ist ziemlich nah an der Wirklichkeit, schreibt der SPIEGEL-

Autor Dirk Kurbjuweit und beendet seinen Artikel in Ausgabe 45 mit dem Absatz: „Die Lieblingsserie Barack Obamas ist ‚Homeland‘. Es ist eine befremdliche Vorstellung, dass er

im Sessel sitzt, sich von Carrie Mathison (*die Hauptfigur*) unterhalten lässt und dabei für einen Staat verantwortlich ist, der so paranoid handelt wie diese Frau.“

# Ostfriesische Hochschultage - Bericht vom Festakt

Hasso  
Rosenthal

Beim gewerkschaftspolitischen Abend der Ostfriesischen Hochschultage sprachen Jürgen Richter (Vorsitzender des Arbeitskreises Ostfriesische Hochschultage), Fachhochschulpräsident Prof. Dr. Gerhard Kreutz (FHS Emden-Leer), Stefan Störmer (GEW-Bezirksvorsitzender), Prof. Dr. Ingrid Kunze (Uni Osnabrück), Prof. Dr. Ulrike Graf (Uni-Osnabrück) und Beenhard Oldigs (Leiter des Europahauses Aurich). Die Musikbeiträge schenkte uns die Gruppe „The Teachers“.

Nach dem Empfang der Ehrengäste war im Plenarraum des Europahauses die gewerkschaftspolitische Abendveranstaltung der Hochschultage. Jürgen Richter begrüßte das vollbesetzte Auditorium und stellte die Redner vor.

Zuerst hob Prof. Dr. Gerhard Kreutz hervor, dass es wichtig sei, mit der Fachhochschule Ostfriesland an den **GEW**-Hochschultagen teilzunehmen. Zwischen der FHS und dem RPZ-Aurich gebe es viele Anknüpfungspunkte. Die Fachhochschule sei unentbehrlich für die Region und verweise mit seiner Leitbilddiskussion auf ihre Stärken. So sei Ostfriesland ein Land der regenerativen Energien. Die Hochschule könne helfen, diese Stärken auszubauen, ihre Technologien und Anwendungen voranzubringen. Die Hochschule bietet sich zum Dialog an. Herr Prof. Kreutz beschrieb das Programm der Ostfriesischen Hochschultage als sehr interessant. Die „spannenden Themen“ reizten zu mehr Mitwirkung. Für Ostfriesland solle ein runder Tisch im Bildungsbereich eingerichtet werden, an dem die **GEW** beteiligt werden müsse.

Eine Einführung in das Tagungsthema der Hochschultage „Lernqualität – entdecken,

verstehen, verbessern“ gab Prof. Dr. Ingrid Kunze. Sie betonte, dass die Universität Osnabrück schnell zugesagt hatte, als die Mitgestaltung angefragt wurde. Sie betonte, dass die Uni Osnabrück forschungsbasierte Lehrerbildung bieten würde und die Fachdidaktik in allen Fächern besetzt sei. Schwerpunkte in Osnabrück seien grundlegende Primärpädagogik, Regionalnetzwerke, Umgang mit Heterogenität und Lernqualität. Sie weist darauf hin, dass die Lehrerbildung unterfinanziert sei. Die Universität wolle die Lehrerbildung besonders im Berufsschulbereich stärken.

Beenhard Oldigs stellte die Arbeit des Europahauses vor, befürwortete die Form der Ostfriesischen Hochschultage.

Frau Prof. Dr. Ulrike Graf, die auch im Osnabrücker Kompetenzzentrum für Lehrerbildung mitwirkt, hob hervor, dass die Uni auf die Erfahrungen des RPZ Aurich zurückgreifen würde. Es sei ein wichtiger Bestandteil in der ostfriesischen Tradition der Lehrerbildung. Lehrerbildung sei eine Dauerbaustelle, wobei ein Hauptproblem der häufige Wechsel in der Schulpolitik darstellen würde. Natürlich arbeite man mit allen Fasern daran, bei Lehrenden und Lernenden die Lust am Denken zu erhalten. Ihr Festvortrag hatte den Titel: „Die Bäume sind Natur – Aber die Allee nicht!“ (Wie eignen sich Kinder die Welt an?).

Kinder würden sich für die Aneignung der Alltagsfähigkeiten auf der Grundlage ihres persönlichen Vermögens die Dinge, Hilfsmittel suchen, die sie für ihre Entwicklung benötigen. Sie eignen sich ihre Welt wirksam durch Eigenaktivität an. Dabei entscheidet die Lernumgebung (Kontext). Auf der Basis des Vorwissens bilden Kinder

intuitiv Theorien, die „metakognitiv verfügbar“ seien. Damit sei der Wissenserwerb des Kindes ein Vorgang des Theoriewandels. Es lerne durch den sinnhaften Umgang mit Fehlern in komplexen Zusammenhängen durch Bindung der beteiligten Person an die Sache (Sinndimension). Dies geschehe durch Exploration (Erkundung) und Systematisierung (Einfügung) begleitet von Selbstdeutungen auf der Basis kultureller Verständigung in intergenerationaler Vermittlung. Voraussetzung sei, dass das Kind in einem Stadium emotionaler und psychischer Sicherheit ist (in sich ruhend), wenn es sich zugehörig und akzeptiert fühle. Für die Schule ist wichtig, dass lehrgangsorientierter Unterricht immer Raum für individuelle Lernprozesse bietet.

Mit der Eigenaktivität und Vernetzung der Wahrnehmung mit vorhandenen Wissensbeständen bildet das Kind Hypothesen, entsteht ein Wissenshaushalt durch sozial-emotionale Aktivitäten unterstützt. Schlussfolgerung daraus sei, dass man zur Unterstützung von Lernprozessen in pädagogisch gestalteten Räumen nach Kriterien der Strukturierung und Vorgabe Eigenaktivität möglich macht. Dabei braucht es geschlossen strukturierte und offene Aufgaben. Frau Prof. Graf gebrauchte den Begriff der Kindsschlaueheit. Sie beschreibt kindliche Aneignung wie folgt:

1. Von allgemeiner (globaler) zu detailreicher Erfassung.
2. Durch Einschränkung (Reduktion) und ordnendes Einfügen (Strukturierung).
3. Dabei sei die geistige Entwicklung nicht linear, sondern nichtlinear, sich ständig entwickelnd. Unermüdlich probieren Kinder durch Versuch und Irrtum, bis sie sich eine

Verhaltenmatrix zugelegt haben (Wissensvorrat).

Sollen Kinder an Aufgaben arbeiten, sollten diese Lösungsspielraum bieten, damit sich Lernpotentiale entfalten können. Frau Prof. Graf spricht von der „Innerlichkeit des Lernens“. Man dürfe Kinder auf keinen Fall unterschätzen.

Frau Prof. Graf nennt wichtige Kooperationsprojekte der Uni Osnabrück zwischen Kindergärten und Grundschulen, beschreibt die Lernwerkstattarbeit mit der Fragestellung an Kinder: „Was ist Natur? Was ist von Menschen gemacht?“

Fragestellungen der Fachdidaktik seien:

1. Welche Rolle spielt das Bewusstsein der eigenen Wertigkeit im Kontextgeflecht von Eigenaktivität und Angewiesensein?
2. Wie kann die Lust an der Entdeckung der Welt wach bleiben?
3. Wie kann der Wille zur Kompetenzorientierung mit Fehlern des Lernakts in Einklang gebracht werden?
4. Wie können wir Kinder als Gesprächspartner annehmen?
5. Wie können wir die Diagnosefähigkeit in Hinblick auf Lernmöglichkeiten entwickeln?
6. Wie können wir den Prozess der Eigenaktivität ernst nehmen?
7. Wie können Lernaktivität qualifiziert organisiert werden?
8. Wie ist sichergestellt, dass Erwachsene immer zeitnah als Berater zur Verfügung stehen?

Nach dem Vortrag von Frau Prof. Graf ergriff Stefan Störmer das Wort und stellte die Position der **GEW** dar. Er betonte, dass die neue Landesregierung mit den Fehlern der alten klar kommen müsse. Da wurden die Orientierungsstufe abgeschafft und G8 eingeführt. Hinterlassenschaft sei auch ein undurchlässiges Schulsystem, auf einen „Aufsteiger“ kommen statistisch 10 Absteiger. Die soziale Herkunft bestimmt immer noch

sehr stark die schulischen Chancen. Niedersachsen sei Schlusslicht in vielen Bildungsbereichen. Deshalb fordere die **GEW**, dass die Sekundarstufe I gestärkt werde, Gesamtschulen (integrative Bildung) Grundprinzip werden, eine Entschleunigung der Lernprozesse. Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung als konservatives Leitmedium fordere, dass sich Schulen in Ruhe entwickeln können. Inklusion müsse sachgerecht umgesetzt werden, die Lehrerbildung müsse reformiert werden. Ganztagschulen bedürften mehr Förderung und ihr Ablauf müsse rhythmisiert und mit mehr Lehrkräften umgesetzt werden. Die **GEW** sei gegen tarifferne Arbeitsverträge. Schulen sollten stärker Erfahrungsräume werden, in denen man sich gern aufhält. Die Finanzierung der Bildungsreformen müsse gesichert werden. Ironisch stellte Stefan Störmer fest, die Opposition können offenkundig nicht sinnentnehmend lesen: Im Koalitionspapier stehe nicht, dass das Sitzenbleiben sofort abgeschafft werden solle, sondern dass Schulen so gestaltet werden müssten, dass Sitzenbleiben überflüssig werde. Es sei sinnvoller, Schüler wirkungsvoll bei Defiziten zu fördern, als sie ein Jahr wiederholen zu lassen. Die Frage stehe im Raum, was von den Koalitionsvereinbarungen im Interesse von Schülern und Lehrern umgesetzt werde.

Stefan Störmer warnt vor den Folgen der laufenden Pensionierungswelle. Ohne verstärkte Neueinstellungen drohe ein Rückgang der Unterrichtsversorgung um 20 %. Die **GEW** setze sich weiter ein gegen Entdemokratisierungsprozesse im Bildungsbereich, gegen Arbeitsverdichtungen und fordere neben der tarifgerechten Bezahlung auch stabile, gute Arbeitsbedingungen. Wichtig sei auch der Fortbestand der Bezirkspersonalräte.

## Bericht vom Pressegespräch

mit Frau Prof. Dr. Ingrid Kunze, Prof. Dr. Ulrike Graf (beide Universität Osnabrück), Detlev Spindler (Bildungsexperte der Ostfriesischen Landschaft), Prof. Dr. Gerhard Kreuz (FHS Emden-Leer) und Jürgen Richter (Vorsitzender des Arbeitskreis Ostfriesischer Hochschultage).

Es ist eine besondere Form der Bewusstseinsweiterung, wenn man sich bei den Hochschultagen mit Kolleginnen und Kollegen trifft, in Seminaren und Workshops das Angebot der Informationsvielfalt der Universität Osnabrück wahrnimmt, miteinander diskutiert, Erfahrungen austauscht und praktische Ergebnisse für den Schulalltag mitnimmt, sich beim Kaffee trifft, miteinander klönt, die Schulbuchausstellung besucht, neue Medien kennenlernt und voller guter Eindrücke zurück in die Schulen Ostfrieslands fährt.

Beim Pressegespräch wurde betont, dass die Dozenten aus Osnabrück dem Ruf des Arbeitskreis Ostfriesische Hochschultage der **GEW** gern angenommen haben. Die Hochschule engagiert sich mit dem Kompetenzzentrum der Uni Osnabrück stark in der Lehrerfortbildung. Es steht in engem Kontakt mit der Oldenburger Universität. Die Hochschultage seien eine gute Gelegenheit, Lehrerinnen, Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher für die Fortbildung zu gewinnen. Von der Osnabrücker Hochschule seien viele Dozenten in der Lehrerfortbildung engagiert. Die Dozenten haben positive Erfahrungen mit dem offenen Gesprächsklima der aufgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen bei den Hochschultagen gemacht. Frau Prof. Kunze hob hervor, dass die Rückmeldungen durch die Lehrer wichtig für die Universität seien. Schwerpunkte der Arbeit dort sei der Umgang mit der Heterogenität der Schülerschaft und die Vorbereitung der Kollegien auf die Inklusionsprozesse. Angestrebt werde eine weitere Qualifikation in multiprofessionelles Arbeiten und die Arbeit in der Ganztagschule. Für die Inklusion will die Universität Hilfen anbieten, neue Konzepte zu entwickeln. Das Ausgrenzen als Prinzip müsse gebrochen werden. Auch das Denken des Separierens nach Leistungsstufen sei nicht zeitgemäß. Frau Prof. Graf erinnerte daran, dass die Grundschule viele gute, wegweisende Reformen durchgeführt habe, die die weiterführenden Schulen aufgreifen sollten. Jürgen Richter verwies darauf, dass die **GEW** diese Form der Fortbildung finanziert und anbietet, weil neben der Interessenvertretung sich die Gewerkschaft immer auch als Bildungsgewerkschaft verstanden hätte. Die Lehrerfortbildung bei den Hochschultagen hätten eine bewahrenswerte Tradition.

# KZ Gedenkstätte Engerhufe – ein außerschulischer Lernort

Anette Hillen

Im September nahm ich an einer Fortbildung des RPZ im Gulfhof Engerhufe teil.

U.a. stellte sich der Verein „KZ-Gedenkstätte Engerhufe“ vor, dieser ist bemüht, Kontakte zu Schulen aufzubauen. Die Arbeitsgruppe „Kontakte zu Schulen und Jugendeinrichtungen“ möchte die Gedenkstätte Engerhufe als außerschulischen Lernort in Ostfriesland bekannt machen. Besuche von Schulklassen in der Gedenkstätte sollen zu einer regelmäßigen Einrichtung in den SEK I und SEK II Schulformen werden, denn das Schreckliche, die Grausamkeiten des Dritten Reiches, fand auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft statt.

Die Arbeitsgruppe bietet Führungen für alle Schulformen an. Mitglieder der Arbeitsgruppe kommen auch zu Projektveranstaltungen in die Schulen und stellen die Gedenkstätte vor.

Eine Führung in Engerhufe beinhaltet:

- Einen Einführungsvortrag unterstützt durch Filmmaterial (Zeitzeugenaussagen)
- Begehung der Ausstellung mit Arbeitsaufgaben
- Begleiteter Rundgang über das ehemalige Lagergelände und zum Mahnmal
- Abschlussgespräch verbunden mit kreativen Aufgaben.

Donald (Don) Bamberg, Ehrenmitglied im Verein KZ Gedenkstätte Engerhufe, verstorben am 31.1.2013, war 1944 Gefangener im KZ Engerhufe, beschreibt die Zeit in Engerhufe als besonders schlimm, „weil alles so primitiv, das Lager überfüllt und das Wetter im November und Dezember 1944 so besonders schlecht war: kalt, nass und für die Gefangenen besonders quälend und zermürbend. Die Behandlung durch die Bewacher war nicht schlimmer

als in den anderen Lagern, .... Man brauchte unsere Arbeitskraft für den Panzergrabenbau in Aurich.“ Die Arbeit in Aurich war für die Gefangenen sehr hart, es regnete ständig, es gab kaum etwas zu Essen: „Gegen fünf Uhr war Feierabend, es war nun schon ziemlich dunkel und der Regen hatte noch nicht abgenommen. Eher im Gegenteil. ... marschierten wir wieder durch den Wald und durch die Stadt zum Bahnhof von Aurich ..... unsere Waggons warteten schon ... auf jeden Fall waren wir nun für kurze Zeit dem Regen entronnen. Unsere nasse Kleidung fing bald an zu dampfen ... das letzte Stück war noch ein Marsch von etwa 20 Minuten durch strömenden Regen .... Im Lager bekamen wir .... unser Essen. Aber wieder war die Suppe nur lauwarm..... es gab keinen Ofen in der Baracke, also konnten wir unsere Kleidung nicht trocknen ..... meine Kleidung war noch klamm, als ich aufstand. Es regnete noch immer, .....

Es war eine Woche vor Weihnachten,... fast jeden Tag hatte es geregnet ....so dass wir fast ständig im Wasser arbeiteten. Von den 400 Männern waren nur noch knapp 200 an der Arbeit ... der Rest lag ... in einer Baracke, ...sie hatten die Ruhr ..... gab keinen Lagerarzt, keine Medikamente.“

Don Bamberg spricht in seinen Berichten von der Todesbaracke und von einer Epidemie.

Am 28. Dezember wurde das Lager aufgelöst, die Panzergräben waren fertig. Der Transport, der nach Neuengamme zurückging, war auf 59 Mann geschrumpft. 341 Männer waren in nicht einmal 42 Tagen durch die Ruhr ums Leben gekommen.

Die Zeitzeugenaussagen des

Donald Bamberg wurden aufgenommen und sind Inhalt der Führungen in Engerhufe.

## Die Situation am Panzergraben 1944

Der Panzergraben um Aurich war Teil von Befestigungen, die im Falle einer weiteren alliierten Landung eine Verteidigungslinie in Nordwestdeutschland bilden sollten.

Auch im KZ-Außenlager Ladelund haben Häftlinge an einem Panzerabwehrgraben gearbeitet. Die Situation dort war ähnlich wie in Engerhufe und Aurich. Jedoch wurde dort das Geschehen gleich nach dem Krieg aufgearbeitet, es entstand die Gedenkstätte Ladelund. Im Zusammenhang dieser frühen Aufarbeitung gibt es Zeichnungen von Gefangenen, die die Situation bei der Arbeit am Graben zeigen.

Die Gefangenen aus Engerhufe waren bei der Arbeit eines Panzerabwehrgrabens um Aurich eingesetzt. Allein der Weg frühmorgens zur Arbeit und abends zurück war eine schreckliche Strapaze für die unterernährten, völlig unzureichend bekleideten Männer. Auf ihrer Kleidung waren sie mit auf Hemd und Hose aufgemalten großen gelben Kreuzen als Gefangene gekennzeichnet. Die Arbeitsbedingungen – Winterwetter, ständiger Regen und Kälte - waren unmenschlich. Dazu kam die Behandlung der Gefangenen. Auricher, die 1944 Kinder waren, erzählen z.B., wie ein Häftling am Graben zusammengeschlagen wurde, weil er nicht mehr arbeiten konnte.

siehe auch [www.gedenkstaette-kz-engerhufe.de](http://www.gedenkstaette-kz-engerhufe.de)

## Personalratsarbeit

# „Arbeitsplatzordner Schule“ jetzt digital

Das Laub fällt, der Herbst kommt und die Nachlieferung für den Arbeitsplatzordner auch. Das feste Ritual von Personalräten, im November Berge von Papier in einen Loseblattordner einzusortieren und veraltete Rechtstexte dem Papierkorb zu überantworten, ist nun aber Geschichte. Der Grund: Der „Arbeitsplatzordner Schule“, die Sammlung von rechtlichen Einschätzungen, die von der **GEW** Fraktion im Schulbezirkpersonalrat herausgegeben wurde, wird in dieser Form nicht mehr weitergeführt.

Ab sofort ist der „Ordner“ direkt im Internet aufrufbar. Unter der Adresse

**personalrat.gewweserems.de**

(ohne „www“ vorweg) findet sich nun ein Wissensspeicher für Personalräte, der auch die überarbeiteten Texte aus dem Arbeitsplatzordner beinhaltet.

Im Gegensatz zur alten Loseblatt-

sammlung wird diese Seite fortlaufend aktualisiert. Veraltete Texte verschwinden, neue Informationen werden sofort veröffentlicht. Damit findet sich immer die aktuelle Version auf dem Schirm.

Die Navigation auf der Seite ist simpel. Es gibt einen Index, in der alle Schlagworte alphabetisch gelistet sind. Mit einem Klick auf das Schlagwort geht es zum vollständigen Artikel.

Es besteht auch die Möglichkeit, Themengebiete aufzurufen. Die neuen griffigen Rubriken orientieren sich an Aspekte der Arbeitswirklichkeit. Was in der Loseblattsammlung noch unter „allgemeinem Dienstrecht“ und „Schulrechtliche Einzelfragen“ zu finden war, dürfte nun ganz eifrigen Personalrätler\*Innen noch auf Anhieb einfallen. Was sich aber unter Rubriken wie „Bewerbung, Einstellung und Beförderung“ oder „Es geht ums

Geld“ verbergen könnte, ist wohl auch für Rechtslaien klar.

Häufig müssen Personalräte in den Schulpausen Fragen beantworten. Ärgerlich, wenn dann die Rechtssammlung nicht zur Hand ist. Das neue Online-Angebot lässt sich nun aber auch per Smartphone anzeigen. Dabei ist die Webseite dann für die Anzeige auf dem kleinen Display optimiert und gut lesbar.

Die Zielgruppe der Webseite sind **GEW** Personalräte. Aus diesem Grund ist der Wissensspeicher nur abrufbar, wenn die Mitgliedschaft bestätigt wurde. Jeder neue Leser, jede neue Leserin muss sich zunächst auf der Seite in einem einfachen Formular anmelden. Im Anschluss überprüft das **GEW** Büro die Mitgliedschaft und schaltet den Zugang frei. In der Regel ist diese einmalige Prozedur in 24 h erledigt.

Stefan Störmer



## Registrierung

Die Inhalte der Webseite werden von Mitgliedern der GEW Fraktion im Schulbezirkpersonalrat Osnabrück gepflegt und stehen daher auch nur Mitgliedern der GEW zur Verfügung. Eine Registrierung ist auf dieser Seite möglich. Eine Freischaltung erfolgt, sobald die Mitgliedschaft in der GEW überprüft wurde, in der Regel am nächsten Werktag.

Weil der Begriff der „Mitgliedschaft“ etwas verwirrend sein mag: Mit dem Ausfüllen der Felder wird kein Mitgliedschaftsantrag für einen Eintritt in die GEW, sondern ein Antrag auf die Mitgliedschaft zum Zirkel der Nutzer\*Innen dieser Webseite gestellt.

2.

### Registrierung für neue Mitglieder

Wähle einen Mitgliedsnamen:

Vorname:

Nachname:

Adresse 1:

Adresse 2:

Ort:

PLZ:

Land:

E-Mail:

### LOGIN-STATUS

Du bist derzeit nicht eingelogg.

Mitgliedname

3. Passwort

[Registrierung](#)

### ARCHIVE

Auf **gew-wittmund.de** findet ihr rechts oben ab sofort den link zur Startseite. Unser Rat:

1. Klicken zur Startseite und gleich registrieren lassen als neues Mitglied im „Arbeitsplatz Schule“-Bereich
  2. Passwort abwarten (kommt per mail)
  3. einloggen
- ... und es kann losgehen.

# 150 Jahre

## Zur Geschichte des Ostfriesischen Lehrervereins / **GEW**

Über Daten und Jahrestage kann gestritten werden. Das ist so.

Fragen danach, wann welche Organisationen gegründet und wie die Zielsetzungen umschrieben wurden, geben immer Anlass zu Diskussionen.

von  
J. Kaufhold  
(Fassung  
11.8.13)

Das Jahr 1863 wird von der SPD als Jahr der Gründung der Sozialdemokratischen Partei angesehen. Tatsache ist, dass am 27. Mai 1863 ein Verein ins Leben gerufen wurde: Der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“. Diesen Verein aber zeichnete eine Besonderheit aus: er wurde auf dem Hintergrund des von Ferdinand Lassalle entworfenen Statuts gegründet. Das Statut beinhaltete eindeutig politische Zielsetzungen, so wurde der Verein zur Keimzelle einer Partei.

Auf eine ähnliche Geschichte blickt die **GEW** zurück.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts gab es Vereinsgründungen

der Lehrerschaft, die vom Grundsatz her auch politische Ziele verfolgten.

Zur hundertjährigen Geschichte der Lehrervereinsbewegung veröffentlichte T.L.A. Pretzel ein zusammenfassendes Werk, in dem er die Zielsetzungen besonders betonte:

„Mit der Steigerung des politischen Lebens in den vierziger Jahren erwachsen dem Vereinswesen neue Aufgaben. Die deutschen Lehrer, die immer mehr anfangen, sich als Stand zu fühlen, begannen sich der Aufgabe bewußt zu werden, die Ihnen als den berufenen Vertretern der Schule im öffentlichen Leben gestellt war.“ (Pretzel, T.L.A.: Geschichte des Deutschen Lehrervereins in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Leipzig: Klinkhardt 1921., S. 26.)

Zu den politischen Zielsetzungen erklärte er:

„Der aufstrebende Lehrer-

stand verlangte einen seiner Bedeutung entsprechenden Einfluß auf Schulgesetzgebung und Schulverwaltung. So stehen auch in der pädagogischen Presse jener Zeit und in den Verhandlungen der Vereine nicht mehr bloß allgemeine Bildungsfragen und solche des Unterrichtsverfahrens auf der Tagesordnung, vielmehr treten schulpolitische Fragen in den Vordergrund. Besonders wird das Verhältnis der Schule zu Kirche und Staat vielfach erörtert, und schließlich führen die Erörterung fast allgemeinen zur Forderung der 'Staatschule'.“ (ebd.)

Auch in Ostfriesland gab es, solange Schule strukturiert geführt wurde, Zusammenkünfte der Lehrkräfte, um Absprachen zu treffen. In der Literatur zur Geschichte der Lehrerkonferenzen in Ostfriesland wird oft auf den Beginn des 19. Jahrhunderts Bezug genommen. Es waren vorrangig organisatorisch begründete Zusammenkünfte, die durch den Schulaufseher Theodoros van Swinderen im Distrikt Groningen - der Distrikt umfasste unter französischer Verwaltung auch Ostfriesland - initiiert wurden. Lehrer der Schulen eines überschaubaren Bereiches schlossen sich zusammen und bildeten Konferenzen. Sie trafen sich in der Regel monatlich einmal zum Austausch, zur Lektürebearbeitung und Fortbildung.

Diese Form wurde rasch in vielen Bereichen Ostfrieslands praktiziert. Die Konferenzmitglieder mussten den Ort des Treffens so wählen, dass alle auch zu Fuß zur Zusammenkunft kommen konnten.

Gebhard Löning, aktives Mitglied des Ostfriesischen Lehrervereins (OLV) seit Neuanfang 1946, stellte diese Vorläufer der Vereinsgründung in einer

## Ostfriesisches Schulblatt

Zeitschrift des Ostfriesischen Lehrervereins

75. Jahrgang / Nr. 2

Februar 1954

Verlagspostamt Leer

### Hinrich Janssen Sundermann, 1815 - 1879 Gedenkfeier an seinem Grabe in Westrhuderfeh

An dem frostklaren Morgen des 4. Januar 1954 versammelten sich zahlreiche Lehrer und Lehrerinnen Ostfrieslands an dem Grab Sundermann in Westrhuderfeh zu einer Gedenkfeier. Der „Ostfriesische Lehrerverein“ hat das Grab seines Vorkämpfers, das lange Jahre von dem Sundermann ebenfalls verbundenen Stenografenvereins in Leer betreut wurde, gärtnerisch

herrichten und die Inschrift des Denkmals, das ihm Kollegen und Freunde errichteten, neu vergolden lassen. Er wird Grab und Denkmal in seine Obhut nehmen. Im Namen des Ostfriesischen Lehrervereins legte der erste Vorsitzende, Hauptlehrer Hans Hirte - Burhufe, nach seiner Ansprache einen Kranz nieder.



Rede zur Hauptversammlung des OLV 1963 in Norden ausführlich dar (Veröffentlicht unter „Zur Vorgeschichte des Ostfriesischen Lehrervereins“ Jahresschrift 100 Jahre Lehrerverein. Norden: Soltau 1963).

Am 8. Januar 1820 gründeten die Lehrer van Hoorn und Adens, beide aus der Schule van Swinderens, den Lehrerverein Oberrheiderland. Einen der ersten Vorläufer.

Gebhard Löning bezeichnete die ersten Ansätze als „Strohfeuer“. Die Aktivitäten zogen aber weitere Gründungen nach sich. Diese Zusammenschlüsse bezeichneten sich ab 1830 überwiegend als „Lesevereine“. Dass politische Forderungen erhoben oder Standesfragen erörtert wurden, ist nicht dokumentiert.

Erst mit Beginn der 1840er Jahre nahmen Bestrebungen zu übergreifenden Zusammenschlüssen Form an.

H. J. Sundermann gründete in Hesel die „Lehrerhalle“, in Aurich entwickelte sich die „Harmonie“. Beide Vereine bildeten am 20. Juli 1844 die „Union“. Dieser Zusammenschluss umfasste aber nicht die gesamte Lehrerschaft Ostfrieslands. Sundermann seinerseits setzte erfolgreich auf den schriftlichen Austausch, seine Gründung des „Lehrer-Schriftwechsel-Vereins“ 1846 erreichte immerhin eine Stärke von 400 Mitgliedern. Er publizierte neun Jahre lang in monatlicher Abfolge. Zum ersten Treffen des Vereins 1846 in Eschen kamen 360 Lehrer zusammen, darunter achtzig Mitglieder des Lehrer-Witwen- und Waisenunterstützungskasse und 160 Mitglieder des Lehrer-Schriftwechsels. Im Aufwind des Erfolgs formulierten noch im gleichen Jahr die Mitglieder der „Union“ „vorläufige Statuten für eine ostfriesische Lehrergesellschaft“, die als Zweck die „Hebung des Schulwesens und des Lehrerstandes“ auswies. Die Lehrkräfte der Region übernahmen in der Zeit überschlagender Ereignisse 1848 – der „Lehrerverein für das

Königreich Hannover“ entstand in diesem Jahr – die Bezeichnung „Ostfriesischer Provinzial-Lehrerverein“. Eine Benennung in Anlehnung an die Gliederungen in Provinzen des Königreichs. Der Ostfriesische Provinzial-Lehrerverein umfasste sechzehn Kreise, als Kreis wurden jeweils einzelne größere Ortschaften angesehen.

Gebhard Löning hob in seinem Beitrag zum 100jährigen Bestehen hervor, dass das Bestreben „... jetzt mehr auf eine Besserung der Verhältnisse von Staatswegen gerichtet“ waren. Der Verein ging über den Ansatz der Fortbildung und gegenseitiger Unterstützung hinaus und argumentierte politisch orientiert, er verlangte – das betonte Löning: „eine geordnete Ausbildung, bessere Besoldung, Beaufsichtigung durch Fachkräfte, mehr Freiheit und Sicherheit für den Lehrer“. (a.a.O.: S. 12)

Die Wirren und Enttäuschungen, die dem Jahr 1848 folgten, trugen dazu bei, dass die Einigkeit der Lehrerschaft in Ostfriesland tatsächlich nicht zu einer umfassenden und damit einflussreichen Interessengemeinschaft wachsen konnte.

Dieser Ansatz ging, um es deutlicher zu sagen, in den politischen Wirren der Zeit unter. Erfolge aber gab es.

1852 nahm das Lehrerseminar Aurich die Arbeit auf, die ministerielle Ebene regelte die Besoldung der Lehrkräfte neu, der Einfluss der Interessenvertretung aber blieb gering. Dennoch: 1854 musste der Lehrer-Schriftwechsel eingestellt werden.

Erst 1861 setzten sich A. Smid, Lehrer aus Leer, und W. Jütting, Gymnasiallehrer aus Aurich, daran, eine gemeinsame Schrift erscheinen zu lassen. Das Ostfriesische Schulblatt erschien zum ersten Mal, es hielt sich bis 1933, wurde 1953 wiederbelebt.

In der Nr.6 von 1863 stellte Arend Smid die neuen Statuten für den Ostfriesischen Lehrerverein zur Diskussion und am 25. Juli 1863 gründete die in Heisfelde tagende Lehrerver-

sammlung den Ostfriesischen Lehrerverein neu – in umfassender Form und mit einer Satzung, die die Existenz des Vereins auf eine feste Basis stellte und den Einfluss der Lehrerschaft in der Region stärkte.

Bis 1933.

Die Machtübernahme der Nazis machte eine eigenständige und unabhängige Weiterarbeit unmöglich. Die Interessenvertretung der Lehrkräfte wurde zur Interessenvertretung des NS-Regimes. Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) hatte eine völlig andere Struktur als der gewerkschaftlich orientierte Ostfriesische Lehrerverein. Vertreter des NSLB waren „Amtswalter“, so der Sprachgebrauch der Diktatur. Was in der Interessenvertretung der Lehrkräfte zu geschehen hatte, das wurde durch die NS-Ideologie vorgegeben.

Die Britische Militärregierung, die nach der Kapitulation die Verwaltungsstrukturen der Region wieder aufleben ließ, übertrug am 17. Mai 1945 Arthur Bibow, mit Zustimmung des kommissarischen Regierungspräsidenten die Amtsgeschäfte eines Regierungs- und Schulrates. Bibow schilderte den Neuanfang eindrucksvoll im Ostfriesischen Schulblatt (OSB) Juni 1954: „Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach Kapitulation im Jahre 1945.“ (In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954, S. 1.)

Bereits im Juni 1945 holte der Regierungsschulrat ehemalige Mitglieder des OLV zusammen, die die Wiederbelegung des Schulwesens in Ostfriesland zu bewältigen hatten. Freie Konferenzen traten wieder zusammen. Ab 1946 ermöglichte die Militärregierung die Gründung von Lehrervereinen. Es bildeten sich Kreislehrervereine in Emden, Leer, Aurich, Norden, Wittmund und im Rheiderland. Der überregionale Lehrerverband Niedersachsen (LVN) umfasste satzungsgemäß die Kreisverbände, sie waren als Interessenvertretungen der Region

anerkannt.

Die Neugründung des regionalen Lehrervereins – unter der Bezeichnung „Bezirkslehrerverein Ostfriesland“ (BLO) kam erst 1949 zustande. Den Kreisvereinen fehlte es anfänglich an Einigkeit. In der Satzung von 1949 hieß es dann schließlich: „Er (der BLO) ist ein Glied des Lehrerverbandes Niedersachsen (LVN) und des Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (ADLLV).“

Damit war die gewerkschaftliche Orientierung deutlich, dennoch blieb der BLO überregional nicht anerkannt. Die Kreisvereine konnten zu den Beschlüssen des LVN beitragen, Bezirke waren laut Satzung des LVN nicht vorgesehen. Hinzu kamen Zerwürfnisse – meine Meinung nach persönlicher Art – die 1954 dazu führten, dass ein Kreisverband den BLO vollständig entmachten wollte.

Wie oft in solchen Situatio-

nen schlug die Stimmung um, es entstand eine neue Solidarität mit dem Bezirk, der BLO erhielt eine neue Satzung und er nahm die Bezeichnung Ostfriesischer Lehrerverein wieder an.

Es folgte ein Stimmungshoch, die gewerkschaftlicher Arbeit blühte auf - eine Zeit starker Einflussnahme der Lehrerschaft in allen öffentlichen Angelegenheiten. Das hatte OLV einer Idee zu verdanken, die eine Tradition neu belebte: Die Pädagogisierung der Öffentlichkeit. Deutlich beschrieben: Die ostfriesische Lehrerschaft handelte ab jetzt in in allen Angelegenheiten der Schule nach dem Prinzip, grundsätzlich Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Einrichtungen einzubeziehen und die Bevölkerung durch Einladung zur Teilnahme oder über die Medien zu informieren.

Der OLV wurde zur einflussreichen Organisation in der Region.

Durch die Umstrukturierung zur organisierten gewerkschaftlichen Arbeit nahm der OLV schließlich als Bezirksverband der Gewerkschaft mit der Satzung von 1969 eine deutliche, wenn auch nur noch mit der Umbenennung dokumentierte, Änderung vor: „ § 1. Der Ostfriesische Lehrerverein ist der Bezirksverband Aurich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (**GEW**). Er umfasst das Gebiet des Regierungsbezirks Aurich.“

Mit Auflösung des Regierungsbezirkes Aurich 1979 strebte auch die **GEW** eine neue Struktur an. Ein Verband im Bezirk Weser-Ems sollte entstehen. Ein intensiver, teils sehr ernst geführter Diskussionsprozess endete in einer Vereinigungsversammlung, die eine neue Satzung formulierte. Diese Satzung endete mit dem Satz:

„Satzung und Geschäftsordnung des Bezirksverbandes Weser-Ems traten mit der Annahme durch die Vereinigungsversammlung der drei Altbezirke Aurich, Oldenburg und Osnabrück am 9.2.1979 in Kraft.“ (Satzung **GEW**, BV Weser-Ems 1979).

### 3. Entwurf zu den Statuten für den ostfriesischen Lehrerverein.

#### §. 1.

Der ostfriesische Lehrerverein besteht aus den wirklichen und angehenden Lehrern Ostfrieslands.

#### §. 2.

Der ostfriesische Lehrerverein zieht in den Kreis seiner Verhandlungen alles, was zur Förderung der Interessen des Lehrerstandes, als auch der Schule dienlich erscheint.

Dagegen sind politische und religiöse Fragen von den Verhandlungen gänzlich ausgeschlossen.

#### §. 3.

Der ostfriesische Lehrerverein tritt am letzten Sonnabend im Monat Juli eines jeden Jahres zu einer Hauptversammlung zusammen.

Diese ist eine Wanderversammlung, jedoch hinsichtlich des Ortes insoweit beschränkt, daß Aurich, Emden und Leer als Versammlungsort wechseln. Es ist wünschenswerth, die Versammlung auf zwei Tage auszudehnen und den Theilnehmern freies Quartier zu verschaffen, jedoch bleibt diese Einrichtung dem Ermessen des zeitigen Vorstandes überlassen.

#### §. 4.

Der Vorstand des ostfriesischen Lehrervereins besteht aus vier Personen, von denen zwei lutherischer und zwei reformierter Confession sein müssen. Er wird auf ein Jahr gewählt.

Das Präsidium wechselt jährlich zwischen einem reformierten und lutherischen ostfriesischen Lehrer.

Die Redacteurs des Schulblattes haben Sitz und Stimme in den Vorstandsversammlungen.

Ehrevorstandsmitglieder können ernannt werden auf besondern Beschluß der Versammlung, aber nur auf Vorschlag des Vorstandes. Die Zahl der Ehrenmitglieder darf vier nicht übersteigen. Dieselben haben Sitz und Stimme in den Vorstandsversammlungen.

Abgegangene und abgehende Vorstandsmitglieder sind wieder wählbar.

#### §. 5.

Dem Gesamtvorstande liegt die Wahrnehmung der Interessen des Lehrervereins ob, und zwar in der Art, daß derselbe die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse zur Ausführung bringt, die Tagesordnung der jedesmaligen Versammlung feststellt, und über sämmtliche auf die Versammlung bezügliche Angelegenheiten Beschlüsse faßt.

08.11.2013

# GEW: „Kooperationsverbot aufheben“

Bildungsgewerkschaft begrüßt Antrittsrede des Bundesratspräsidenten Stephan Weil

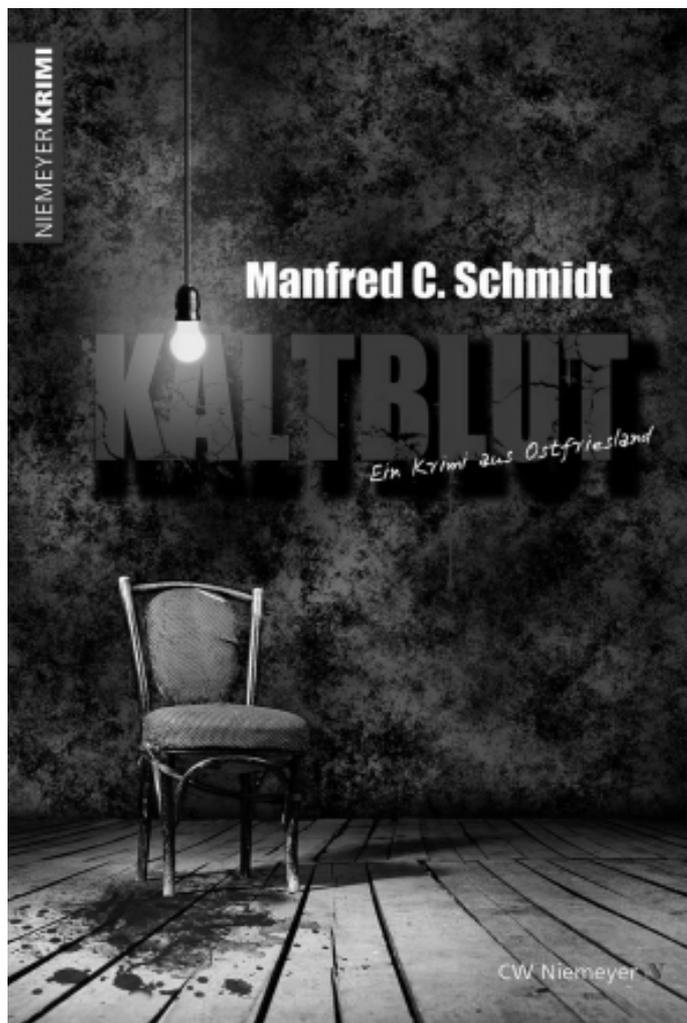
Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (**GEW**) begrüßt die klare Positionierung des neuen Bundesratspräsidenten Stephan Weil zu Bildungsinvestitionen und Kooperationsverbot. Dazu erklärte die **GEW**-Vorsitzende Marlis Tepe heute: „Die Haltung des Bundesratspräsidenten, dass Bund und Länder mehr gemeinsame Anstrengungen für die Bildung unternehmen müssen, ist zu begrüßen. Die politischen Konsequenzen sind klar: Union und SPD müssen jetzt in den

Koalitionsverhandlungen den Weg für mehr Bildungsinvestitionen frei machen und das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben. Gute Bildung für alle bedeutet: Mehr und bessere ganztägige Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen, eine Ausbildungsgarantie und mehr und bessere Studienplätze in einem inklusiven Bildungswesen. Die Arbeit qualifizierter und gut bezahlter Beschäftigter im Bildungswesen ist dafür unverzichtbar. Das Fenster für die Aufhebung des Kooperati-

onsgebots ist geöffnet: Bund und Länder müssen die historische Chance jetzt wahrnehmen.“

Bundesratspräsident Stephan Weil hatte in seiner Antrittsrede heute unter anderem erklärt, dass Qualität in der Bildung einer Finanzierung bedürfe, die eine gesamtstaatliche Aufgabe sei. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bezeichnete er als vorsintflutlich. Bildung vermittele sich über Menschen und Menschen müssten bezahlt werden, so Weil außerdem.

## Kaltblut



Eine grausam verstümmelte Leiche wird in der Reithalle der ostfriesischen Kleinstadt Esens gefunden. Hauptkommissar Gerrit Kerkhoff muss feststellen, dass die Vorgehensweise des Täters dieselbe Handschrift trägt wie die des Tierquälers, dem vor Kurzem mehrere Pferde auf der Nordseeinsel Wangerooge zum Opfer fielen.

Greift der Täter jetzt nicht nur Tiere, sondern auch Menschen an? Der Ring am Finger des Toten zeigt eine merkwürdige Gravur, mit der zunächst niemand etwas anfangen kann.

Erst nach einem Zeitungsaufruf meldet sich der deutsch-argentinische Rechtsanwalt Manuel Ortega. Kann er entscheidende Hinweise zum Mord in Esens geben? Gibt es eine Verbindung nach Argentinien und zu unmenschlichen Verbrechen, die schon Jahrzehnte zurückliegen?

Während Kerkhoff mit seinem Kollegen Czerlikowski ermittelt, verschwindet plötzlich dessen Tochter Miriam.

*Manfred C. Schmidt kann erzählen und er holt politische Themen zurück in den Kriminalroman. Bravo Manfred!*

*Ich bleibe Fan der ersten Stunde!  
Klaus-Peter Wolf, Bestsellerautor*

*M. Schmidt hat während seines Studiums in Oldenburg als Stipendiat der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung in Chilesolidaritäts-Komitees mit Exilchilenen zusammengearbeitet. Ähnlich bedrückende und menschenverachtende Ereignisse wie nach dem Allende-Sturz '73 spielten sich auch kurze Zeit später 1976 während des Militärputsches in Argentinien ab. Dies wurde z.T. in seinem Roman verarbeitet. Der Autor Manfred C. Schmidt ist Lehrer an der Förderschule in Esens.*

# Schöne neue Welt

Mehr als jeder moralischer Apell kann dieses Buch dazu führen, die Selbstbedienungsmentalität von Internet-Downloadern oder –Nutzern zu ändern. Sehr eindringlich wird anhand einer Handlung in naher Zukunft klar, was es bedeutet, wenigstens bedeuten kann, wenn Bücher gescannt und dann vernichtet werden. Da entsteht dann ein Monopol, das nicht mehr den «kostenlosen Zugang» zu Informationen im Sinn hat, sondern Macht, die nicht einmal an einzelnen Personen festgemacht werden kann.

Robert M. Sonntag:  
Die Scanner  
Frankfurt: KJB Fischer 2013  
Die Bücher mit dem blauen Band  
ISBN 978-3-596-85537-7  
190 S \* geb \* 12,99 € \* 12 bis 17 J

«Weitergedacht» wäre auch ein guter Titel für das Buch gewesen, aber auch «vorgedacht». Was uns angeht, wir werden in der spannenden Geschichte aus der nahen Zukunft zumindest zum «Nachdenken», zum «Mitdenken» angehalten.

Wir befinden uns im Jahr 2035, also nicht allzu fern von heute. Vieles kommt uns bekannt vor, einiges ist heute in der Entwicklung. Bücher sollen Allgemeingut sein und nicht

Besitz von Einzelnen. Darum werden sie eingescannt und veröffentlicht, das nunmehr nutzlose Papier-Exemplar wird vernichtet. Bücheragenten erledigen die immer schwieriger werdende Aufgabe, noch existierende Papierbücher aufzuspüren und der Bestimmung zuzuführen. Dass die Bevölkerung, die in drei verschiedenen Zonen der Stadt leben muss, für das Lesen und eigene Denken, nicht einmal für das Nach-Denken, immer unfähiger gehalten wird, merken wir Leser sehr schnell. Wie in derzeitigen sozialen Netzwerken zählt nicht die Art der Freundschaft, sondern die Anzahl der Freunde. Alles wird öffentlich gemacht, das Mitleben wird durch das Tragen der Mobri, der Brille mit der interaktiven «Realität», zu einer Selbstverständlichkeit.

Rob ist einer der beiden Buchagenten, dem wir folgen, denn ihm geschieht etwas sehr Merkwürdiges, das sein Leben gehörig durcheinanderbringen wird. Er trifft einen alten Mann, der sein Buch partout nicht an die Agenten verkaufen will.

Das klingt harmlos, führt aber zu einem spannenden Abenteuer. Und es zeigt uns, was wir verlieren, wenn wir uns genauso «einlullen» lassen, wie wir es – vielleicht – bereits tun. Das beginnt mit der weitergedachten Art von Fastfood («Pizza-Aroma statt Pizza. Tomaten-Salat-Aroma statt Tomatensalat» oder «Brotersatz mit Käse-Aroma»), dem Leben in einer Pseudo-Realität, der «Kommunikation» in Schlagworten mit leeren Worthülsen, der Erlaubnis, Geld von meinem Konto abzubuchen bis zur Veröffentlichung von persönlichsten Daten, Gefühlen.

Was jeder gute Geschichtslehrer im Sinn haben sollte, wird auch hier sehr deutlich: Macht nicht immer den gleichen Fehler. Wenn ihr nicht die kleinen Schritte stoppt, dann ist es irgendwann zu spät, die Summe der kleinen Schritte zu stoppen! Die Geschichte ist voll von solchen Beispielen. Das Buch aktualisiert und zeigt den Weg, den wir – hoffentlich nicht – auf dem Ziel zur «totalen Vernetzung» gehen.

Als kleine Anmerkungen zum Schluss: Auch der Humor / kleine Anspielungen kommen im Buch nicht zu kurz: Der Discounter heißt «Neudi», das Pseudonym des Autors trägt den gleichen Vornamen wie die Hauptfigur und es könnte auch «Robert am Sonntag» gelesen werden, der (gute) Gegenspieler heißt «Bergmann» und das Mädchen heißt Fanni-2-Funni, was auch «funny to Fanni» oder «Fanni too funny» gelesen werden könnte.

Der Hinweise auf drei Bücher hat es wohl leider schon wirklich bedurft: Huxleys «Schöne neue Welt», Bradburys «Fahrenheit 451» und Orwells «1984». Als der letzte sein Buch im Jahr 1948 schrieb, haben auch nicht viele Menschen geglaubt, dass es solch eine Welt wirklich irgendwann geben wird. Wir sind wahrscheinlich längst drüber.

Lehrerhandreichungen unter [www.lehrer.fischerverlage.de](http://www.lehrer.fischerverlage.de)

Diese Rezension steht im Internet unter [www.ajum.de](http://www.ajum.de) (Datenbank) / Ulrich H. Baselau

Wer in der AjuM mitarbeiten möchte (z. B. Bücher rezensieren und die Bücher behalten), ist gern gesehen. Kontakt über Ulrich.Baselau (ad) [ajum.de](mailto:ajum.de)



# GEW - Sommertour nach Neuwerk

Schon morgens um 6 Uhr hieß es, sich am Marktplatz in Wittmund einzufinden. Dann ging es mit dem Bus über Jever, Varel, durch den Weser-Tunnel nach Cuxhaven. Dort angekom-

men, trennten sich die TeilnehmerInnen in Wattläufer und Kutschenfahrer. Auf Neuwerk angekommen, wurde zu Mittag gegrillt. Nach der Inselbesichtigung ging es am späten

Nachmittag mit dem Schiff zurück nach Cuxhaven. Gegen 21 Uhr wurde die Heimatstadt Wittmund erreicht.



# Die Meldung des Jahres - kein Aprilscherz: Russischer Geheimdienst FSO setzt auf Schreibmaschinen

Der beste Schutz vor Hackern ist - keinen Computer zu benutzen. So jedenfalls scheinen es russische Geheimdienstler zu sehen. Aus einer Ausschreibung geht hervor, dass der Föderale Schutzdienst Schreibmaschinen anschaffen will, um besonders brisante Dokumente zu sichern.

Moskau - Ein gewiefter Hacker, so heißt es oft, kann in jedes Computersystem eindringen. Um ihre Geheimnisse dennoch vor Spionage zu schützen, setzen russische Sicherheitsdienste nun auf bewährte Technik: Der Föderale Schutzdienst (FSO), der unter anderem für die Sicherheit des Präsidenten und der Regierung zuständig ist, bestellte nach einem Bericht der Zeitung „Iswestija“ 20 Schreibmaschinen. Besonders heikle Dokumente sollen demnach nur auf Papier und nicht auf elektronischen Datenträgern ar-

chiviert werden, um sie zu schützen.

Üblich sei diese Praxis in Russland nicht nur in den Geheimdiensten, sondern auch im Verteidigungs- und im Zivilschutzministerium, sagte der frühere Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolai Kowaljow, der Zeitung. Dem Bericht zufolge ist besonders das deutsche Modell Triumph-Adler Twen 180 bei den russischen Geheimdiensten beliebt. Wichtig sei für die Sicherheitsdienste, dass jeder Schreibmaschinen-Typ eine eigene „Signatur“ habe - anders als etwa in Serienproduktion hergestellte Drucker. Auch die handschriftliche Aufzeichnung geheimer Informationen sei üblich, erklärte Kowaljow.

## Hersteller Olympia bestätigt die russische Anfrage

Ein seit dem 3. Juli im Internet einsehbares Dokument zeigt, dass der FSO „elektronische und tragbare“ Schreibmaschinen mit kyrilischen und lateinischen Buchstaben anschaffen will. Zudem sucht die selbst auf Abhöraktionen spezialisierte Behörde auch Hunderte Farb- und Korrekturbänder für die Triumph-Adler Twen 180 sowie für die Olympia Comfort. Gut 200 Euro wollen die Russen pro elektrischer Schreibmaschine ausgeben, wie aus der Bestellanforderung hervorgeht. Das Gesamtpaket mit den Bändern hat ein Volumen von 486.540 Rubel (rund 11.600 Euro).

Der Hersteller Olympia im nordrhein-westfälischen

Hattingen bestätigt, dass Russland in der vergangenen Woche ein Angebot für 20 Schreibmaschinen und für Farbbänder gemacht habe. Experten in dem Land vermuten, dass Geheimdienste traditionell eher auf Gewebefarbbänder setzen. Bei Karbonbändern seien die getippten Buchstaben leicht zu entziffern und damit im Grunde auch der Text.

Zwar soll alles bis zum 30. August geliefert sein. Bei Olympia aber dürfte die Zeit bis zu diesem Termin knapp werden, weil seit Schließung der Produktion in **Wilhelmshaven** keine Maschinen mehr selbst montiert werden. „Die Vorlaufzeit für eine Produktion aus China sind sicherlich fünf Monate“, teilte Geschäftsführer Heinz Prygoda mit. Olympia habe bisher in diesem Jahr rund 2800 Schreibmaschinen verkauft. Nach Darstellung des Unternehmens werden die Maschinen auch in Afrika gern genutzt. Vor allem beim Ausfüllen von Formularen seien sie weiter beliebt.

*Dieser Artikel aus dem Juli, der in den Sommerferien vielleicht untergegangen ist, beweist einmal mehr: Von Russland lernen heißt siegen lernen! Also, liebe Kollegin, lieber Kollege, zeige der NSA die lange Nase und wünsche dir zu Weihnachten eine Schreibmaschine. Und sage keiner, deutsche Unternehmen nutzten nicht jede sich bietende Chance – just seit dem Sommer erscheint in Zeitschriften nebenstehendes Anzeigen-Motiv der Firma Triumph-Adler!*

**Die ostfriesischen Kreisverbände der GEW wünschen allen Kolleginnen und Kollegen eine beschauliche, erholsame, ruhige = analoge Weihnachtszeit!**

